



Protokoll

der 1. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 4. Februar 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	<i>Barbara Heer (SP), Erich Bucher (FDP), Franziska Stier (BastA), Anouk Feurer (Grüne/jgb), Sandra Bothe-Wenk (GLP).</i>

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	4
3.	Wahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission (Nachfolge Andrea Strahm, Mitte/EVP)	4
4.	Wahl eines Mitglieds der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP)	5
5.	Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP)	6
6.	Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP)	6
7.	Wahl von zwei Mitgliedern der Petitionskommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf und Thomas Widmer-Huber, Mitte/EVP)	7
8.	Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP)	8
9.	Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP)	9
10.	Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP)	9
11.	«Reorganisation der Strafverfolgung (ReoS)»: Zwischenbericht nach Abschluss der Initialisierungsphase, Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für die Konzeptphase, Ausgabenbericht des RR	10
12.	Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB); Genehmigung der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK UKBB	18
13.	Rahmenausgaben für die Wiederbeschaffung der Fahrzeuge der Stadtgärtnerei zur Erreichung des Netto Null Ziels 2030, Ratschlag des RR	20
15.	Vorgezogenes Budgetpostulat 1 Claudio Miozzari Erziehungsdepartement, Volksschulen, Transferaufwand (Young Carers)	30
16.	Vorgezogenes Budgetpostulat 2 Béla Bartha betreffend Erziehungsdepartement, Abschreibungen Kleininvestitionen und Kleininvestitionen (Sofortmassnahmen Gesundheitsschutz an Schulen)	33
17.	Vorgezogenes Budgetpostulat 3 Edibe Gölgeli und Andrea Strahm betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Kindernäscht)	35



Beginn der 1. Sitzung

Mittwoch, 4. Februar 2026, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[04.02.26 09:00:15]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sehr geehrter Herr Statthalter, werter Michael, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Rates, sehr geehrter Herr Regierungspräsident, sehr geehrte Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte, sehr geehrter Herr Vorsitzender des Gerichtsrates, sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienstes und der Staatskanzlei, sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter, sehr geehrte Gäste auf der Tribüne und an den Bildschirmen, liebe Familie, Freundinnen und Freunde. Stellen Sie sich einen ganz normalen Tag vor, auf dem Weg zur Arbeit, ins Büro, in die Werkstatt, ins Lehrerzimmer, zur Vorlesung oder, wie wir alle heute Morgen, auf dem Weg hierher ins Ratsbüro. Wir sind umgeben von Eindrücken, von Stimmen, von Informationen, von Erwartungen. Manches nehmen wir bewusst wahr, vieles rauscht an uns vorbei.

Und genau in dieser Welt voller Tempo und Ablenkung habe ich mich gefragt, was von dieser Rede bleiben soll. Nicht ein weiteres Rauschen, das unter 1'000 Stimmen verschwindet, nicht ein weiterer Reiz, der unsere Sinne fordert, aber doch nichts hinterlässt, sondern ein Moment der Aufmerksamkeit, ein Moment der Bedeutung und in diesem Moment der Aufmerksamkeit stehen wir nicht allein. Wir alle hier mit unterschiedlichen Rollen, mit unterschiedlichen Meinungen und unterschiedlichen Wegen, aber mit einer gemeinsamen Aufgabe, Orientierung zu geben. Nicht jede Stimme lauter zu machen, sondern die richtigen hörbar.

Es ist mir eine grosse Ehre, heute vor Ihnen stehen zu dürfen und das Amt der Grossratspräsidentin des Kantons Basel-Stadt anzutreten. Dieser Moment bewegt mich zutiefst. Er ist getragen von Dankbarkeit, von Respekt und auch von Demut. Es ist ein Moment des Innehaltens, ein Moment, um bewusst wahrzunehmen, was dieses Amt bedeutet und welche Verantwortung damit verbunden ist.

Dank ist im Amt der Grossratspräsidentin weit mehr als eine höfliche Geste. Dank ist Ausdruck einer Haltung, Ausdruck von Respekt gegenüber allen, die dieses Haus tragen und mit Leben füllen, den Mitgliedern dieses Rates, den Mitarbeitenden der Verwaltung, den Institutionen sowie den Bürgerinnen und Bürgern unseres Kantons. Dankbarkeit und Demut bedeuten für mich, jederzeit bewusst zu sein, dass dieses Präsidium keine Einzelaufgabe ist, dass es eine gemeinsame Verantwortung ist.

Wir leben in einer Zeit, die uns fordert. Das Weltgeschehen ist geprägt von Unsicherheiten, von Konflikten sowie von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen. Diese Entwicklungen machen auch vor unserem Stadtkanton nicht halt. Sie betreffen unsere Unternehmen und Arbeitsplätze, unsere Quartiere und Familien, und sie prägen unsere politischen Debatten. Gerade deshalb kommt diesem Haus eine besondere Verantwortung zu. Hier im Herzen der basel-städtischen Demokratie müssen wir Orientierung geben, nicht mit einfachen Antworten, nicht mit lauten Parolen, sondern mit Haltung, Verantwortung und Augenmass.

Demokratie ist kein Ort der schnellen Schlagzeilen, sondern ein Raum für sorgfältiges Abwägen, für Argumente, für Respekt und tragfähige Lösungen. Basel-Stadt war schon immer ein besonderer Ort, ein Stadtkanton mit internationaler Ausstrahlung und gleichzeitig starkem lokalem Zusammenhalt, ein Ort der Wissenschaft und der Forschung, der Kultur und der Kreativität, der Innovation und der Industrie, ein Ort, an dem Welt und Quartier aufeinandertreffen. Unsere grosse Stärke liegt genau darin, in dieser Vielfalt. Doch Vielfalt ist kein Selbstläufer. Vielfalt braucht Dialog, sie braucht Respekt und sie braucht die Bereitschaft, andere Meinungen nicht nur zu hören, sondern auch auszuhalten.

An dieser Stelle erlaube ich mir eine Analogie zum Sport. Als ehemalige Profisportlerin im Fechten habe ich früh gelernt, dass ein starkes Team nicht aus lauter gleichen Köpfen besteht. Ein starkes Team lebt von unterschiedlichen Stärken, von unterschiedlichen Charakteren und davon, dass alle bereit sind, ein gemeinsames Ziel Verantwortung zu übernehmen.

Mein Präsidialjahr, mein Mantra. Für mein Präsidialjahr habe ich mir ein persönliches Mantra gesetzt. Nicht als Programm, nicht als Parole, sondern als innere Haltung, die mich durch dieses Jahr trägt, in Sitzungen, in Begegnungen, in Entscheidungen. Es sind fünf Begriffe, einfach in der Form, anspruchsvoll im Gehalt. Zuhören, Botschafterin sein, vermitteln, für alle eine Anspruchsperson sein, demütig und respektvoll sein. Zuhören bedeutet für mich nicht zuhören, um vorbereitet zu



sein auf die eigene Antwort, Zuhören bedeutet, sich öffnen zu können für andere Perspektiven. Zuhören, um zu verstehen, auch dann, wenn man nicht einverstanden ist. Zuhören den Stimmen in diesem Saal, aber ebenso den Stimmen draussen, in den Quartieren, in den Vereinen, in der Wirtschaft, in der Zivilgesellschaft. Denn Demokratie lebt nicht von Monologen, sie lebt vom Dialog, und Vertrauen entsteht dort, wo Menschen spüren, dass ihre Anliegen ernst genommen werden.

Ich verstehe mein Amt als ein Relais, als Verbindungsglied zwischen innen und aussen, als Botschafterin dieses Rates nach draussen und als Moderatorin nach innen, für alle Parteien, für alle politischen Farben, für alle Hintergründe. Dieses Amt verpflichtet zur Überparteilichkeit und verpflichtet zur Fairness. Fairness ist für mich kein taktisches Instrument, sie ist eine innere Haltung, eine Haltung, die sich gerade dann zeigt, wenn es kontrovers wird, wenn Interessen aufeinandertreffen, wenn die Spannung im Raum spürbar ist. Unser Parlament ist kein Elfenbeinturm, er ist ein Arbeitsort. Ein Ort, an dem die Anliegen der Bevölkerung verhandelt werden. Wir sind gewählt, um zuzuhören, abzuwägen, zu entscheiden und auch um zu erklären.

Der Sport hat mich früh gelehrt, Regeln zu respektieren, auch dann, wenn sie einem im Moment nicht passen. Er hat mir beigebracht, dass Respekt gegenüber Gegnerinnen und Gegnern keine Schwäche ist, sondern Stärke. Und er hat mir eines ganz klar vor Augen geführt, man kann hart in der Sache sein und trotzdem fair bleiben, man kann leidenschaftlich kämpfen und trotzdem anständig bleiben und man kann gewinnen oder verlieren, ohne den Respekt voneinander zu verlieren. Diese Erfahrungen prägen meine Haltung, auch in der Politik. Vermitteln heisst für mich nicht, Konflikte zuzudecken und den Unterschied klein zu reden. Vermitteln heisst, Unterschiede sichtbar zu machen und trotzdem handlungsfähig zu bleiben. Im Sport und in der Politik braucht es dafür Klarheit, Respekt und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Mit genau dieser Haltung will ich dieses Präsidialjahr gestalten. Klar, strukturiert, souverän. Ja, wenn es nötig ist, auch bestimmt in der Führung. Denn Debatten leben nicht von der Länge der Wortmeldungen, sondern von der Qualität des Austauschs, nicht die Lautstärke entscheidet, sondern die Argumente, nicht das Durchsetzen um jeden Preis, sondern das gemeinsame Ringen um die beste Lösung. Dieses Amt verlangt mehr als Haltung, es verlangt Fairness, Fairness, auf die man sich verlassen können muss. Das ist keine Nebensächlichkeit, das ist die Infrastruktur unserer Demokratie. Und Demut bedeutet für mich nicht Zurückhaltung, Demut bedeutet Bewusstsein, Bewusstsein dafür, dass dieses Amt grösser ist als die Person, die gerade dieses Amt ausübt, grösser als ein Name, grösser als eine Funktion auf Zeit.

Dieses Amt trägt Geschichte, es trägt Verantwortung und es trägt die Erwartungen einer Bevölkerung, die zu Recht verlangt, dass wir sorgfältig, fair und integer handeln. Wer dieses Amt innehat, steht nicht im Mittelpunkt, sondern stellt sich in den Dienst, in den Dienst dieses Rates, in den Dienst unserer demokratischen Institutionen und letztlich in den Dienst der Menschen, die uns gewählt haben.

Respekt ist dabei kein formaler Akt, Respekt ist die Grundlage unseres gemeinsamen Arbeitens. Er zeigt sich im Ton, den wir wählen, im Umgang mit den Minderheiten, im Ernstnehmen anderer Positionen, auch dann, wenn sie der eigenen widersprechen. Respekt ermöglicht es uns, politische Auseinandersetzungen hart in der Sache zu führen, ohne persönlich zu werden, leidenschaftlich zu argumentieren, ohne Grenzen zu überschreiten, denn nur dort, wo Respekt gewahrt wird, bleibt auch der Raum für Kompromisse offen, bleibt Vertrauen möglich und bleibt unsere demokratische Kultur lebendig. Diese Haltung ist kein Selbstzweck. Sie ist Voraussetzung dafür, dass unser Parlament handlungsfähig bleibt, heute, morgen und für kommende Generationen.

Mit diesem Mantra, mit dieser Haltung und mit grossem Respekt vor diesem Rat trete ich mein Präsidialjahr an. Mein Kommunikationsprinzip POET. Meine Kommunikation im Präsidialjahr folgt bewusst dem Akronym POET - proaktiv, offen, ehrlich und transparent. Diese vier Begriffe sind für mich kein theoretisches Modell, sondern eine praktische Richtschnur für Führung und Zusammenarbeit. Proaktiv bedeutet, Entwicklungen frühzeitig wahrzunehmen, Themen anzusprechen und Verantwortung zu übernehmen, bevor Probleme eskalieren. Offen bedeutet, unterschiedliche Perspektiven ernst zu nehmen und Dialog zuzulassen, auch dann, wenn er herausfordernd ist. Ehrlich bedeutet für mich, klar zu kommunizieren, auch wenn Antworten unbequem sind. Glaubwürdigkeit entsteht nicht durch Perfektion, sondern durch Verlässlichkeit. Transparent bedeutet, Entscheidungen nachvollziehbar zu machen und politische Prozesse verständlich zu erklären, denn Demokratie lebt davon, dass sie verstanden wird.

An dieser Stelle danke ich meinem Vorgänger Balz Herter von Herzen. Lieber Balz, du hast mich mit grosser Professionalität, Umsicht und Kollegialität in dieses Amt eingeführt. Du hast mir Sicherheit gegeben, mir Vertrauen geschenkt und mir stets den Rücken gestärkt. Dafür danke ich dir aufrichtig. Dank ist ein zentrales Stichwort an diesem Tag. Und so richte ich meinen Dank an jene Menschen und Institutionen, die mich auf meinem Weg begleitet haben. Liebe Familie, ich danke euch von Herzen. Ihr seid mein Rückhalt, meine Kraftquelle, mein sicherer Hafen. Das war schon immer so, ohne eure Unterstützung wäre dieser Weg nicht möglich gewesen. Ich danke meiner Partei, die mich getragen, gefördert und immer an mich geglaubt hat. Dieses Vertrauen ist für mich Ansporn und Verpflichtung zugleich. Mein Dank gilt ebenso meinem Arbeitgeber, der mir grosses Verständnis entgegenbringt und mir dieses auch für das kommende Präsidialjahr zugesichert hat. Das ist in einer Funktion mit vielen Verpflichtungen alles andere als selbstverständlich. Ich danke dem Ratsbüro für die verlässliche Unterstützung. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit.



Dieses Präsidialjahr verstehe ich nicht als Einzelauftritt, ich verstehe es als Mannschaftsleistung, als gemeinsames Spiel mit klaren Regeln, gegenseitigem Respekt und dem gemeinsamen Ziel, unseren Kanton Basel-Stadt verantwortungsvoll weiterzuentwickeln. Ich verspreche Ihnen, ich werde aufmerksam sein, ich werde zuhören, ich werde klar und fair führen, ich werde nahbar bleiben und mir den Humor nicht nehmen lassen. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen. Ich freue mich auf dieses Präsidialjahr, auf den Austausch, auf engagierte Debatten und auf das gemeinsame Gestalten unseres Kantons Basel-Stadt. Herzlichen Dank.

Hiermit eröffne ich das zweite Amtsjahr der 45. Legislatur (*Applaus*).

Herzlichen Dank. Wir kommen damit zu Traktandum 1, Mitteilung und Genehmigung der Tagesordnung.

Ich habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen.

Neue Ratsmitglieder: Ich habe die Freude, zwei neue Mitglieder in unserem Rat begrüßen zu dürfen und bitte die Angesprochenen, sich jeweils kurz von ihren Sitzen zu erheben. Marina Schai, Mitte/EVP, anstelle der zurückgetretenen Andrea Elisabeth Knellwolf (*Applaus*). Martin Leschhorn Strebel, SP, anstelle der zurückgetretenen Franziska Roth (*Applaus*). Ich wünsche Ihnen beiden für ihre verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse Sie hier herzlich willkommen.

Neue Interpellationen: Es sind 13 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 1, 3, 5, 7, 8 und 12 werden mündlich beantwortet.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung.

Es liegen keine Wortmitteilungen vor. Sie haben die Tagesordnung stillschweigend genehmigt. Geschäft 1 ist erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[04.02.26 09:17:05]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu Zuweisungen an Kommissionen vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

3. Wahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission (Nachfolge Andrea Strahm, Mitte/EVP)

[04.02.26 09:17:31]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 10 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrers, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir starten die erste Abstimmung über offene Wahlen.

2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahlen, NEIN heisst geheime Wahlen.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0008242, 04.02.26 09:18:53*]



Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen bei den Traktanden 3-10.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 93 Ja-Stimmen für offene Wahlen entschieden.

Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsdauer unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion Mitte-EVP landen. Für die Wahl als Mitglied der GSK, von der Fraktion Mitte/EVP vorgeschlagen, wurde Marina Schai. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen also zur Wahl und stimmen nun ab.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008244, 04.02.26 09:20:05]

Der Grosse Rat wählt

Zu einem Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission

Marina Schai, Mitte-EVP

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben Marina Schai mit 92 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme in die GSK gewählt. Ich gratuliere Marina Schai zur Wahl als Mitglied der GSK und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.
(Applaus)

4. Wahl eines Mitglieds der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP)

[04.02.26 09:20:31]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Wahl als Mitglied der WAK von der Fraktion Mitte-EVP vorgeschlagen wurde Daniel Albietz. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion Mitte-EVP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008247, 04.02.26 09:21:22]



Der Grosse Rat wählt

Zu einem Mitglied der Wirtschafts- und Abgabekommission

Daniel Albietz, Mitte-EVP

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Daniel Albietz wurde mit 92 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung in die Wirtschafts- und Abgabekommission gewählt. Ich gratuliere Daniel Albietz zur Wahl als Mitglied der WAK und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

**5. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wirtschafts- und Abgabekommission
(Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP)**

[04.02.26 09:21:49]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Wahl als Präsident der WAK von der Fraktion Mitte-EVP vorgeschlagen wurde Daniel Albietz. Wählbar sind Mitglieder der WAK. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008250, 04.02.26 09:23:13]

Der Grosse Rat wählt

Zum Präsidenten der Wirtschafts- und Abgabekommission

Daniel Albietz, Mitte-EVP

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben Daniel Albietz mit 92 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung als Präsident der WAK gewählt. Ich gratuliere auch hier Daniel Albietz zur Wahl als Präsident der WAK und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt. (*Applaus*)

**6. Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf,
Mitte/EVP)**

[04.02.26 09:23:36]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Wahl als Mitglied der Regiokommission von der Fraktion Mitte-EVP vorgeschlagen wurde Thomas Widmer-Huber. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion Mitte-EVP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008253, 04.02.26 09:24:30]

Der Grosse Rat wählt

Zu einem Mitglied der Regiokommission

Thomas Widmer-Huber, Mitte-EVP

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 92 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung Thomas Widmer-Huber gewählt. Ich gratuliere Thomas Widmer-Huber zur Wahl als Mitglied der Regiokommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt. (*Applaus*)

7. Wahl von zwei Mitgliedern der Petitionskommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf und Thomas Widmer-Huber, Mitte/EVP)

[04.02.26 09:24:56]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Wahl als Mitglied der Petitionskommission von der Fraktion Mitte-EVP vorgeschlagen wurden Remo Gallacchi und Michael Graber. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion Mitte-EVP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl von Mitglied 1, Remo Gallacchi.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008256, 04.02.26 09:25:56]

Der Grosse Rat wählt

Zu einem Mitglied der Petitionskommission

Remo Gallacchi, Mitte-EVP



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Mit 91 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung wird Remo Gallacchi gewählt. Ich gratuliere Remo Gallacchi zur Wahl als Mitglied der Petitionskommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt. *(Applaus)*

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008258, 04.02.26 09:26:50]*

Der Grosse Rat wählt

Zu einem Mitglied der Petitionskommission

Michael Graber, Mitte-EVP

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 92 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung Michael Graber gewählt. Ich gratuliere Michael Graber zur Wahl als Mitglied der Petitionskommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt. *(Applaus)*

8. Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP)

[04.02.26 09:27:15]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Wahl als Mitglied der Disziplinarkommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Mahir Kabakci. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion SP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008261, 04.02.26 09:28:05]*

Der Grosse Rat wählt

Zu einem Mitglied der Disziplinarkommission

Mahir Kabakci, SP



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 91 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung Mahir Kabakci in die Disziplinarkommission gewählt. Ich gratuliere Mahir Kabakci zur Wahl als Mitglied der Disziplinarkommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt. (*Applaus*)

9. Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP)

[04.02.26 09:28:35]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Wahl als Mitglied der BKK von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Mahir Kabakci. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion SP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0008264, 04.02.26 09:29:24*]

Der Grosse Rat wählt

Zu einem Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission

Mahir Kabakci, SP

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 92 Ja-Stimmen und einer Enthaltung Mahir Kabakci gewählt. Ich gratuliere Mahir Kabakci zur Wahl als Mitglied der BKK und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt (*Applaus*)

10. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP)

[04.02.26 09:29:51]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Wahl als Präsidentin der BKK von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Micaela Seggiani. Wählbar sind Mitglieder der BKK. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung



91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008267, 04.02.26 09:30:39]

Der Grosse Rat wählt

Zur Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission

Michela Seggiani, SP

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 91 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung Michaela Seggiani gewählt. Ich gratuliere Michaela Seggiani zur Wahl als Präsidentin der BKK und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt. (Applaus)

11. «Reorganisation der Strafverfolgung (ReoS)»: Zwischenbericht nach Abschluss der Initialisierungsphase, Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für die Konzeptphase, Ausgabenbericht des RR

[04.02.26 09:31:06, 25.1463.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen und die Finanzkommission beantragt ebenfalls, dem Nachtragskredit zuzustimmen. Das Wort für die Kommission der JSSK hat David Jenny.

David Jenny (FDP): Als Folge des Wechsels des Präsidiums von Barbara Heer zu Hanna Bay, somit inter reginas, darf ich Ihnen als Vizepräsident der JSSK dieses Geschäft vorstellen. Es wurde in zwei Sitzungen beraten. Vorgestellt wurde es in der Kommission von der Departementsvorsteherin, der externen Fachexpertin des JSD, der Projektleitung und vom Leiter Projekte und Steuerung JSD.

Die JSSK beantragt Ihnen, die beiden vom Regierungsrat vorgeschlagenen Beschlüsse zu bewilligen. Worum geht es? Am 14. Juni 2023 haben Sie die Motion Messerli und Konsorten betreffend Ausgliederung der Kriminalpolizei aus der Staatsanwaltschaft dem Regierungsrat zur Erfüllung überwiesen. Als Folge davon legte der Regierungsrat uns am 3. Juli 2024 eine Ausgabenbewilligung für das Programm Reorganisation Strafverfolgung ReoS vor. Wir haben damals antragsgemäss 1,13 Mio. Franken für die Initialisierungsphase gesprochen.

Nun wurde die Initialisierungsphase abgeschlossen, mit Vorsprung und ohne Verzögerung. Verwendet wurden dafür etwa 0,9 Mio. Franken. Mit der nun zu behandelnden Ausgabenbewilligung sollen die Mittel für die Konzeptphase zur Verfügung gestellt werden. Dafür bedarf es einerseits der Ausgabenbewilligung von 1,36 Mio. Franken und andererseits eines Nachtragskredites für das diesjährige Budget von 524'000 Franken.

ReoS ist ein anspruchsvolles Projekt. Es fällt auch in eine Zeit, in der die Strafverfolgung sehr viele Herausforderungen zu bewältigen hat. Auf nationaler Ebene ist das Projekt Justitia 4.0 zu nennen. Weiter steht auch eine Ersatzbeschaffung der Fachapplikationen JURIS an. Die spezifischen Problemstellungen, die sich in unserer Strafverfolgung ergeben haben, muss ich hier nicht thematisieren. Es geht aber um die Reorganisation von zwei Organisationen, die mit einigen Belastungen zu kämpfen haben.

Im Ausgabenbericht findet sich das in der Initialisierungsphase erarbeitete Zielmodell Strafverfolgungsbehörden BS samt dessen elf Stossrichtungen. Sie haben das alle im Bericht gelesen. Hier nur so viel: Zentral ist, dass die Kriminalpolizei, die zurzeit Teil der Staatsanwaltschaft ist, künftig als Hauptabteilung innerhalb der Kantonspolizei geführt werden soll. Das Zielmodell entspricht dem allgemeinen schweizerischen Modell. Wir werden uns, mit oder ohne Tränen, vom Basler Modell der Strafverfolgung verabschieden. Der Handlungsbedarf ist gross. Rechtlich ist viel zu ändern. Die erforderliche Vorlage bezüglich Rechtsänderungen an den Grossen Rat soll Mitte 2027 vorgelegt werden. Das Inkrafttreten ist frühestens ab 2029 möglich.



In der neuen Projektphase soll auch ein detailliertes Organisationskonzept den vorgeschlagenen Lösungsansatz konkretisieren. So ist beispielsweise bei Fällen der kriminalpolizeilichen Spezialversorgung die federführende Staatsanwältin von Anfang an in das Verfahren einzubeziehen. Damit sind auch Anforderungen an laufende Digitalisierungsprojekte verbunden. Auf personeller Seite müssen zahlreiche Rollen und Aufgabenprofile neu definiert werden. Der Nachweis, wofür die begehrten Mittel benötigt werden, findet sich im Ausgabenbericht. Die grössten Posten sind externe Unterstützung, vor allem Projektleitung und interne Löhne und Arbeitsplätze. Schon budgetiert für dieses Jahr wurden 590'000 Franken. Für die Differenz ist der Nachtragskredit erforderlich.

In unserer Beratung fokussierten wir uns auf folgende Fragestellungen. Diskutiert wurde, ob und in welchem Umfang ReoS von den Führungen der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft aktiv unterstützt wird. Es wurde auch die Frage in der Kommission gestellt, warum die Staatsanwaltschaft bei der Kommissionsberatung nicht vertreten sei. Hervorgehoben wurde, dass alle Staatsanwaltschaften in der ganzen Schweiz mit dem Pendenzenberg zu kämpfen haben und dies nicht nur ein Basler Problem sei. Die Kommission verzichtete aber auf eine Anhörung der Staatsanwaltschaft, auch im Sinne einer speditiven Behandlung dieses Geschäftes.

Weiter wurden Fragen gestellt bezüglich des Einsatzes externer Kräfte und der Möglichkeit, intern Change Management Know-how aufzubauen. Gemäss dem Departement seien die Kapazitäten des Generalsekretariats nicht ausreichend, um solche Projekte vollumfänglich zu bewältigen. Bezüglich des Teilprojektes Rechtsetzung kam das Departement zum Schluss, dass eine interne Stellenbesetzung sinnvoller sei. Dies ist Teil des aktuellen Angrags.

Die Kommission liess sich über viele weitere Fragen orientieren, so über die Rolle des aus vielen Mitarbeitenden aus unterschiedlichen Fachbereichen und Hierarchiestufen zusammengesetzten Thinktanks und über die Neuausgestaltung der Bearbeitung der organisierten Kriminalität sowie über die Rolle von verlässlichen Kennzahlen, die insbesondere bei der Staatsanwaltschaft von Nöten sei.

Trotz den vielen Fragen, die im Rahmen der Beratungen aufgeworfen wurden, war unbestritten, dass die beantragten Mittel notwendig seien, um ReoS zügig voranzutreiben. Die JSSK wird am Thema eng dranbleiben, sie ist sich aber auch bewusst, dass sie keine Oberaufsichtskommission ist und sie ist somit auch gespannt, was die GPK nach Presse morgen publizieren wird.

Die Kommission beschloss schlussendlich einstimmig die Ausgabenbewilligung, wie vom Regierungsrat beantragt. Daher wurde auf einen schriftlichen Bericht verzichtet. ReoS wird die JSSK und den gesamten Grossen Rat in den nächsten Jahren noch intensiv beschäftigen. Insofern bin ich auch gespannt, welche Inputs für die zukünftigen Arbeiten an ReoS werden sich in der heutigen Debatte noch ergeben werden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort für die Finanzkommission hat deren Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission ist qua Gesetz für den Nachtragskredit zuständig, deshalb hat sich die Finanzkommission ebenfalls mit diesem Bericht beschäftigt. Die Finanzkommission hat allerdings darauf verzichtet, ergänzend zur JSSK selber Hearings durchzuführen. Wir schliessen uns entsprechend den Ausführungen des Sprechers der JSSK an.

Wir haben einstimmig beschlossen, diesen Nachtragskredit in der Höhe von 524'000 Franken für das Jahr 2024 zu bewilligen und dies ist auch unser Antrag.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank für die Berichterstattung des Vizepräsidenten der JSSK und für die konstruktive und gute Zusammenarbeit auch in diesem Geschäft. Es handelt sich hier wirklich um ein Schlüsselprojekt, ein Schlüsselprojekt des Departements, des JSD, aber auch ein Schlüsselprojekt für Basel-Stadt. Ich würde wirklich sagen, das ist für die Strafverfolgung ein sehr zentrales Projekt, aber auch ein nicht zu unterschätzendes Projekt. Es ist in der Dimension gross, wir haben das gehört, aber es ist enorm wichtig in Zeiten, in denen die Strafverfolgungsbehörden konstant überlastet sind. Das ist ein schweizerweiter Trend, wie wir gehört haben. Es ist aber eben auch essenziell wichtig, dass wir die eigenen Organisationen kritisch durchleuchten, schauen, ob wir richtig aufgestellt sind, ob wir überhaupt in dieser Organisationsform effizient arbeiten können.

Dieses traditionelle Modell, das wir haben seit wirklich vielen Jahren, hatte sicher mal seine Berechtigung, aber die Zeit hat weiter gedreht. Es gab weitere wegweisende Gesetzesrevisionen, wir erinnern uns an die eidgenössische Strafprozessordnung 2011, und ich denke, da ist es enorm wichtig, dass wir diesen Entwicklungen auch Rechnung tragen



und uns weiterentwickeln, dies bei anhaltend hohen Kriminalitätszahlen, das ist ein Fakt, aber auch Kriminalitätsfeldern, die zunehmend in Basel-Stadt auch sichtbar sind. Ich spreche von der organisierten Kriminalität, vom Menschenhandel, den wir auch schon hier in verschiedenen Vorstössen behandelt haben. Die Regierung hat ja auch organisierte Kriminalität als Schwerpunkt in der Legislatur definiert. Umso wichtiger ist es, dass die Organisationen, sprich die Kantonspolizei und die Staatsanwaltschaft, auch bereit sind, solche Fälle bearbeiten zu können, die Falllast überhaupt bewältigen zu können und damit eben auch die Strafverfolgung so aufzustellen, dass sie für die Zukunft fit ist.

Wir haben es auch gehört, es ist ein komplexes Projekt, es ist mehr als einfach nur die Ausgliederung der Kriminalpolizei und die Integration in die Kantonspolizei. Wir müssen zwei Organisationen neu denken, wir müssen diese Reorganisation umfassend angehen, wir müssen Prozesse neu aufstellen. Es hat auch eine Change-Komponente, eine wesentliche Veränderung in beiden Organisationen zur Folge. Das ist alles aufgegleist. Wir haben gehört, die Phase Initialisierung ist abgeschlossen. Wir haben auch sehr Wert darauf gelegt, dass die Projektorganisation hierarchisch durchmischt ist, dass auch Mitarbeitende aus beiden Organisationen und Hierarchiestufen integriert sind. Ich denke, das ist enorm wichtig fürs Gelingen eines solchen grossen Projektes und für den Rückhalt der Mannschaft, um es etwas salopp zu sagen.

Aber wir wissen auch, die Fallbelastung ist so hoch. Und jetzt komme ich auf den eigentlichen Kern des heutigen Geschäfts, es ist ja eine Ausgabenbewilligung und ein Nachtragskredit. Es ist wichtig, dass wir hier, wo wir können, auch extern unterstützen und da eine Entlastung auch hinbekommen, weil die Strafverfolgung muss während dieses Projekts bis zur Umsetzung weiterhin funktionieren. Und deshalb ist heute diese finanzielle Optik vor allem im Zentrum, dass wir uns unterstützen lassen, sehr fachkompetent unterstützen lassen bei der nächsten Projektphase, der Phase Konzept, wo es jetzt eben, Sie haben es gesehen in der Ausgabenbewilligung und im Bericht, darum geht, die Zielmodelle auszuarbeiten. Wir haben elf Stossrichtungen definiert und da geht es jetzt wirklich um die Detailarbeit, die dann ermöglicht, auch dieses neue Modell umzusetzen.

Wir haben es auch gehört vom Vizepräsidenten der JSSK, im Zielmodell wird nicht irgendwie etwas ganz komplett Neues erarbeitet. Wir wollen uns angleichen an das Grundmodell der Restschweiz, das heisst, kriminalpolizeiliche Arbeit ist eben polizeiliche Arbeit und dementsprechend auch bei der Kantonspolizei anzusiedeln. Wir erachten es als enorm wichtig, dass polizeiliches Know-how, Wissenstransfer, aber auch Fallkenntnisse in der gleichen Organisationseinheit abgehandelt werden und dann die Schnittstelle zur Staatsanwaltschaft kommt, wenn es wirklich um die Strafverfolgung, um die Weiterungen geht – sprich Anklage, Strafbefehl, Einstellung, was auch immer als Verfahrensabschluss dann kommt. Es wichtig, den Wechsel dann zu machen, wenn diese Phase kommt.

An dem Modell arbeiten wir. Wir haben auch gehört, dass wir doch einen Zeithorizont haben, das Jahr 2029 wurde genannt. Mir ist noch wichtig zu sagen, dass es nicht die Meinung ist, ein solches grosses Projekt über so viele Jahre einfach aufrechtzuerhalten. Wir wollen, wo wir können, umsetzen Schritt für Schritt. Und deshalb auch ein kleiner Ausblick an dieser Stelle. Der nächste Schritt ist bereits in Erarbeitung. Wir wollen die Rechtsgrundlagen bereits heute anpassen, damit wir im Zielmodell schon arbeiten können, damit wir eben diese wichtige Arbeit des Transfers auch bereits umsetzen können.

Daran sind wir und das wird dann natürlich wiederum auch ein Geschäft sein, das ins Parlament kommt. Es ist jetzt also der erste oder zweite Bericht, den Sie heute erhalten mit der finanziellen Optik, aber es ist sicher nicht der letzte auf dem Weg bis zur definitiven Umsetzung von ReoS. Es ist für mich wirklich ein wichtiges Projekt, ein zukunftsweisendes Projekt. Ich bitte höflich, auch dieser Ausgabenbewilligung und dem Nachtragskredit zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Als erster für die SP eingetragen hat sich Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Wir beraten heute das Geschäft zur Reorganisation der Strafverfolgung, konkret den Zwischenbericht nach Abschluss der Initialisierungsphase sowie die Ausgabenbewilligung und den Nachtragskredit für die Konzeptphase. Im Namen der SP-Fraktion möchte ich vorwegnehmen, wir stimmen diesem Geschäft zu, nicht aus blindem Vertrauen, sondern aus der Überzeugung, dass diese Reform notwendig ist und gleichzeitig kritisch, aufmerksam und konstruktiv begleitet werden muss.

Basel-Stadt steht vor grossen Herausforderungen in der Strafverfolgung. Die Staatsanwaltschaft ist seit Jahren stark belastet, die Fallzahlen steigen, die Verfahren werden komplexer, die Digitalisierung fordert zusätzliche Ressourcen (Stichwort Justitia 4.0). Gleichzeitig besteht bei der Kantonspolizei ein struktureller Unterbestand. In diesem Spannungsfeld einfach weiterzumachen, wie bisher, wäre keine verantwortungsvolle Option.

Mit ReoS wird die Kriminalpolizei nach über 90 Jahren aus der Staatsanwaltschaft ausgegliedert und in die Kantonspolizei integriert. Das schafft Klarheit in den Zuständigkeiten. Die Polizei ermittelt, die Staatsanwaltschaft führt die Verfahren. Diese Trennung entspricht dem Modell der übrigen Kantone und stärkt die Professionalität beider Organisationen. Für uns ist zentral, dass dadurch Abläufe beschleunigt, Doppelspurigkeiten vermieden und Ressourcen besser eingesetzt werden.



Eine leistungsfähige Strafverfolgung ist ein Grundpfeiler des Rechtsstaates und letztlich im Interesse der Gesamtbevölkerung. Der Bericht zeigt sehr deutlich, dass beide Institutionen an ihre Kapazitätsgrenzen stossen. Steigende Anzeigenzahlen, neue Kriminalitätsformen, internationale Verflechtungen, IT-Forensik und wachsende rechtliche Anforderungen verändern die Arbeit grundlegend. ReoS ist eine Antwort auf diese Realität. Die stärkere Spezialisierung innerhalb der Kriminalpolizei, die Standardisierung von Prozessen und die bessere Verzahnung mit der Staatsanwaltschaft können dazu beitragen, Verfahren qualitativ besser und schneller zu führen.

Wir sprechen heute über eine Ausgabenbewilligung von 1,36 Mio. Franken für die Konzeptphase und einen Nachtragskredit von ca. 500'000 Franken. Ja, das ist viel Geld, aber es ist Geld, das sinnvoll investiert wird, wenn es dazu dient, saubere Grundlagen zu schaffen, statt später teure Fehlentscheide korrigieren zu müssen. Wir unterstützen diese Mittel, erwarten aber im Gegenzug Transparenz, Controlling und eine regelmässige Information des Grossen Rates über Fortschritt, Risiken und Kostenentwicklung.

Neben diesen strukturellen Fragen möchte ich einen Punkt besonders betonen. ReoS ist nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine kulturelle Chance. Der Bericht Schefer hat klar aufgezeigt, wo in der Organisation der Strafverfolgungsbehörden Defizite bestehen: Bei der Führungskultur, beim Mitspracherecht der Angestellten, bei basisdemokratischen Entscheidungswegen, bei der Chancengleichheit sowie bei der konsequenten Bekämpfung von Rassismus und Sexismus. Diese Reorganisation darf sich deshalb nicht darauf beschränken, Organigramme neu zu zeichnen, sie muss auch einen Kulturwandel ermöglichen und absichern. Für uns heisst das, Mitspracherechte bei den Mitarbeitenden müssen gestärkt werden, Führungsstrukturen müssen transparent und verantwortungsvoll gestaltet sein, Chancengleichheit darf kein Schlagwort bleiben, sondern muss in der Rekrutierung, Beförderung und Ausbildung verbindlich verankert werden. Und Rassismus sowie Sexismus müssen konsequent strukturell und nicht nur fallweise bekämpft werden.

Ganz wichtig ist uns dabei, diese Werte und die Reorganisation dürfen nicht von einzelnen Personen abhängen. Organisationsentwicklung, die nur an Köpfen hängt, ist fragil. Kultur, die strukturell verankert ist, bleibt bestehen, auch wenn Personen wechseln. Wir erwarten deshalb, dass die Kompetenzen, die die externen Projektleitungen haben, langfristig in der Organisation aufgebaut und verankert werden. Ein nochmaliger Projektleitungswechsel, beispielsweise wenn die Personen dem noch neu zu bestimmenden Kommandanten nicht passen, ist zu vermeiden. Weiter erwarten wir, dass der Personaltransfer sozial verträglich erfolgt. Die Mitarbeitenden sind nicht einfach Verschiebemasse. Sie brauchen Sicherheit, Weiterbildung, Perspektiven und echte Einbindung in den Prozess. Eine Reform gelingt nur, wenn die Menschen, die sie umsetzen, mitgenommen werden.

Auch auf organisatorischer Ebene bei der Staatsanwaltschaft ist grosse Wachsamkeit erforderlich. Wir durften Einblick nehmen in unterschiedliche Projektstudien und haben zum Teil besorgniserregenden Handlungsbedarf bei der Staatsanwaltschaft dokumentiert. Die Geschäftsleitung sei nicht fähig, die Organisation mit einer übergeordneten Strategie zu führen. Es fehlt eine strategische Ressourcensteuerung und was aus finanzpolitischer Sicht grosse Sorgen macht, die Quantifizierung von Pendenzen ist über die Jahre und zwischen Abteilungen sehr mangelhaft und auch etwas zufällig. Aus unserer Sicht muss ReoS dringend auch Führungs- und Prozessfragen innerhalb der Staatsanwaltschaft einbeziehen. Es müssen dringend verlässliche Kennzahlen und Benchmarks mit anderen Kantonen entwickelt werden. Verlässliche Zahlen und Benchmarks sind für uns als SP-Fraktion Voraussetzung dafür, dass das Parlament verantwortungsvolle finanzpolitische Entscheidungen zur Staatsanwaltschaft treffen kann.

Nach der Lektüre der Projektstudie stellt sich die Frage, ob die Staatsanwaltschaft nicht ähnlich wie die Polizei eine grundsätzliche Reorganisation bräuchte. Die Staatsanwaltschaft ist gefordert, ihre Ressourcen künftig gezielter, transparenter und nachhaltiger einzusetzen. Instrumente für die strategische Ressourceneinsetzung müssen sofort eingeführt werden. Eine Reorganisation kann nur gelingen, wenn bestehende Strukturen bei der Staatsanwaltschaft kritisch hinterfragt und Führungsprozesse professionalisiert und Arbeitsprozesse effizienter gestaltet werden. Das fortlaufende Fordern nach zusätzlichem Personal allein kann dabei nicht die einzige Antwort sein. Vielmehr braucht es eine klare Priorisierung, nachvollziehbare Ressourceneinteilung und eine enge Abstimmung zwischen allen beteiligten Stellen. Die Reorganisation kann nur umgesetzt werden, wenn die Staatsanwaltschaft diese aktiv mitträgt und gemeinsam mit Partnerorganisationen am gleichen Strick zieht.

Dass der fehlende Support seitens der Staatsanwaltschaft weiterhin als Projektrisiko angeschaut wird, laut Projektstudie, ist aus Sicht der SP-Fraktion problematisch. Nur durch das aktive Mittragen von allen lässt sich sicherstellen, dass die neuen Strukturen wirksam greifen und die angestrebten Verbesserungen tatsächlich erreicht werden. Wir möchten darauf hinweisen, dass schon die GPK-Fraktion im letzten Jahresbericht gefordert hat, dass im Rahmen von ReoS auch die ungelösten Aufsichtsthemen rund um die Staatsanwaltschaft angegangen werden müssen. Wir behalten uns vor, zu dieser Thematik Vorstösse einzureichen. Grundsätzlich stellen sich uns gewisse Fragen, ob die Aufsicht beziehungsweise das Parlament adäquat aufgestellt ist, um den Verlauf dieses Grossprogramms mit möglicherweise noch ungeahnten Kostenfolgen wirklich zu beaufsichtigen.

Zusammenfassend unterstützen wir als SP dieses Geschäft, weil Stillstand keine Lösung wäre. ReoS kann Effizienz, Qualität und Zusammenarbeit verbessern. Gleichzeitig begleiten wir die Umsetzung kritisch mit Fokus auf Transparenz,



Personalpolitik, Kulturwandel und Rechtsstaatlichkeit. Wir sagen Ja zu dieser Reorganisation, aber ebenso Ja zu Mitwirkung, klaren Strukturen und einer Strafverfolgung, die nicht nur funktioniert, sondern auch fair, modern und demokratisch organisiert ist.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher für die Fraktion Mitte-EVP ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich wollte mich eigentlich ganz kurz fassen und kann mich auch ganz kurz fassen, unsere Fraktion unterstützt den vorliegenden Antrag, ich bitte Sie, dies auch zu tun. Ich komme aber nicht umhin, zwei, drei Sätze zu sagen zu Reos.

Wie Sie wissen, habe ich mich eingesetzt für den Beibehalt der Kripo bei der Staatsanwaltschaft, weil dieses Basler Modell, anders als es immer wieder gesagt wird, an sich wissenschaftlich als das beste Modell für die Schweiz angeschaut wird. Auch wenn das immer wieder vergessen geht, hat auch der Bundesrat 2011 eben nicht das Modell, das wir jetzt einführen wollen, vorgeschlagen in der neuen Strafprozessordnung, sondern der Bundesrat wollte das Basler Modell. Und das Basler Modell war einzigartig, deshalb haben in der Vernehmlassung alle anderen Kantone Nein gesagt, aber eigentlich haben wir ein gutes Modell und das möchte ich Ihnen einfach mit auf den Weg geben.

Es ist nicht so, dass es bei uns am Modell liegt, sondern es liegt im Wesentlichen an den Ressourcen und an den Grundproblemen in der Strafverfolgung, und ich möchte Sie doch dringend bitten, das immer wieder mitzunehmen. Wir dürfen die Strafverfolgung nicht noch weiter schwächen. Die Strafverfolgung führt einen Sisyphuskampf gegen das Verbrechen. Wir haben die Pflicht und die Aufgabe, im Interesse unserer Gesellschaft diesen Kampf mitzutragen und mitzuunterstützen. Und ich bin jetzt doch schon etwas betrübt, Mahir Kabakci, wenn Sie hier die Staatsanwaltschaft öffentlich rügen, ohne dass die JSSK die Staatsanwaltschaft gebeten hat, in die Kommission zu kommen und sich mal zu erklären. Das finde ich grundlegend. Wenn wir schon nicht einverstanden wären mit dem, was die Staatsanwaltschaft macht, dann bitten wir Sie doch das nächste Mal, bevor wir sie öffentlich schlechtreden, zum Gespräch, denn die Stawa macht das vielleicht nicht so, wie jeder Polizist oder jeder Kripo-Mitarbeiter das wünscht, aber das heisst nicht, dass das besser ist, nur weil das von der Basis her kommt. Mich würde schon noch interessieren, was die Leitung dann dazu sagt.

Grundsätzlich, wir haben vom System her eigentlich eine gute Aufstellung, aber wir haben beschlossen, das zu ändern und wir sollen das jetzt ändern und wir müssen das jetzt ändern. Jetzt kommt eigentlich mein Hauptanliegen. Ich möchte dem JSD und Regierungsrätin Stephanie Eymann meinen Respekt aussprechen und danken für die unglaublich gute Arbeit, die in diesem Zusammenhang geleistet wird. Das ist nämlich eine Riesenkiste, die da gemacht wird, bei laufender Arbeit, bei so grossen Pendenzenbergen, bei so grossen Fallzahlen diese Reorganisation durchzuziehen, alle Mitarbeitenden mitzunehmen und den Betrieb aufrechterhalten zu können, das ist eine grossartige Leistung und das kann man nicht hoch genug einschätzen. Also mein voller Respekt, obwohl ich ursprünglich ja nicht Freund dieser Organisation gewesen bin und die deshalb auch kritisch begleite. Was bis jetzt geschehen ist, ist ausgezeichnet und lässt mich hoffen, dass das wirklich noch besser wird, als es zumindest wissenschaftlich, theoretisch in Basel sein könnte.

Ich bitte Sie wirklich, diesen Antrag zu unterstützen. Glauben Sie aber nicht, dass Reos das Allerheilmittel ist. ReoS ist nur das Instrument, um besser zu sein, die wirklichen Probleme sind eigentlich auf gesamtschweizerischer Ebene, ich habe das hier schon einmal gesagt. Wir müssten dafür sorgen, dass die Strafprozessordnung verbessert wird, denn die Täter haben es eigentlich bei uns in der Schweiz strafprozessual eher zu leicht und zu einfach, und das macht einen grossen Teil der Schwierigkeit für die Strafverfolgungsbehörden aus.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Felix Wehrli für die SVP.

Felix Wehrli (SVP): Ich bin jetzt doch noch froh, dass Bruno Lötscher nicht alles schlecht findet, was gemacht wird und ich weiss, er ist nicht für diese Umsetzung gewesen, hoffe aber, dass man ihn noch davon überzeugen kann. Ich habe im Basler Modell 27 Jahre gearbeitet auf der Kripo und kann Ihnen sagen, das Modell funktioniert nicht produktiv, es ist unproduktiv, es gibt zu viele Schnittstellen, man kommt nicht vorwärts, man hat keinen Zugriff auf die polizeilichen Datenbanken, usw. Es ist in der heutigen Zeit nicht mehr denkbar, so weiterzuarbeiten.

Wir alle wollen, dass die Strafverfolgung effizient, rechtsstaatlich einwandfrei ist und vor allem auch organisatorisch so aufgestellt ist, dass sie den heutigen und zukünftigen Anforderungen gerecht wird. Dies haben wir mit der Überweisung der entsprechenden Motion in Auftrag gegeben. Genau hier setzt das Projekt ReoS ja auch an. Die nun beantragte Konzeptphase ist eine notwendige und verantwortungsvolle Investition, um die bestehenden Strukturen kritisch zu überprüfen, Schnittstellen zu klären oder besser noch zu verringern oder abzuschaffen sowie Abläufe zu optimieren. Gerade in einem so sensiblen Bereich wie der Strafverfolgung ist es richtig, nicht vorschnell strukturelle Entscheidungen zu treffen,



sondern diese sorgfältig vorzubereiten und fundiert abzustützen. Hier werden öffentliche Mittel, also das Geld der Steuerzahlenden, gut und nachvollziehbar eingesetzt.

Auch finanziell ist dieser Antrag nachvollziehbar. Eine professionelle Konzeptphase, und dafür braucht es externe Personen, kann helfen, Fehlentscheide, Doppelspurigkeiten und ineffiziente Strukturen zu vermeiden. Das Projektteam ist aus meiner Sicht, so wie ich das beurteilen kann, sehr gut aufgestellt und macht eine hervorragende Arbeit. Langfristig kann es somit nicht nur die Qualität der Strafverfolgung verbessern, sondern auch, das ist meine Meinung, zu einer wirtschaftlichen Verbesserung führen.

Dann zu der Stawa, die Mahir Kabakci so angesprochen hat und etwas negativ bewertet hat. Da gebe ich Bruno Lötscher recht. Es ist tatsächlich schwierig, weil es noch immer Personen gibt, die sich gegen das ReoS wehren. Nur, da können die Regierung und das Projektteam nichts machen, diese wurden von uns gewählt.

Ich danke dem Regierungsrat ausserdem für den vorliegenden Bericht. Das Projekt ReoS bietet die Chance, die Strafverfolgung im Kanton Basel-Stadt zukunftsfähig aufzustellen im Interesse der Rechtsstaatlichkeit, der Mitarbeitenden – die haben das nötig – und letztlich der Bevölkerung. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprechende ist Fleur Weibel für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Es wurde jetzt schon viel gesagt, ich kann mich deshalb kurz fassen. Aus Sicht der Fraktion GRÜNE/jgb ist die Ausgabenbewilligung und der Nachtragskredit für ReoS für die nächste Konzeptphase ebenfalls unbestritten. Ich glaube, darüber diskutieren wir auch nicht und ich kann mich auch nicht wirklich in die Debatte einbringen, ob jetzt das Basler Modell dann vielleicht trotzdem besser ist als das der 25 anderen Kantone. Das überlasse ich den Expert:innen, darüber zu sprechen.

Was aus meiner Sicht ein Punkt ist, über den wir vielleicht noch nicht so klar gesprochen haben, der aus unserer Sicht aber sehr wichtig ist, ist, dass es mit ReoS ja eine ganz klar definierte neue Zuständigkeitszuteilung gibt, indem die Kriminalpolizei jetzt in die Kantonspolizei überführt wird, und nicht nur das passiert, sondern dass gleichzeitig auch in dem Zielmodell, das jetzt aus der Initialisierungsphase herauskommt, eben auch darum geht zu unterscheiden zwischen der kriminalpolizeilichen Grundversorgung, die in die bisherige kantonspolizeiliche Arbeit integriert wird und der kriminalpolizeilichen Spezialversorgung, wo es besonders darum geht, die schwere organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Und das ist aus unserer Sicht ein ganz wichtiger Punkt, dass es hier eine Fokussierung gibt auf diese organisierte schwere Kriminalität und diese effizient und stärker in den Fokus genommen werden kann, damit beispielsweise Themen wie Menschenhandel hoffnungsvollerweise Schritte vorwärtskommen durch die Reorganisation.

Uns ist auch klar, und da schliesse ich mich auch meinen Vorredner:innen an, dass es ein extrem komplexes, schwieriges Projekt ist, das eingebettet ist in zusätzliche Digitalisierungsprojekte, die gleichzeitig laufen. Ich bin aber jetzt angesichts der Kommissionsberatung und dessen, was wir immer wieder berichtet bekommen haben, überzeugt, dass das Projekt gut aufgestellt ist, auch wenn die Initialisierungsphase etwas holprig gestartet ist und es noch einen Wechsel in der Projektleitung gegeben hat. Ich finde auch den Punkt wichtig, dass das ganze externe Know-how professionell erscheint, dass das auch in die Organisationen hineinfließt über die Jahre und im besten Fall auch positive Effekte hat auf die Organisationen der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft, weil, das haben wir auch gehört, diese beiden Organisationen massiv überlastet sind und im besten Fall sehen wir da auch positive Effekte.

Daher unterstützt die Fraktion GRÜNE/jgb, dass wir jetzt die Mittel sprechen, dass wir auch zügig vorwärtskommen in der Konzeptphase. Wir sind dann in der JSSK auch gespannt, wieder über den Projektfortschritt unterrichtet zu werden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Mit 62 Jahren habe ich viel Erfahrung, seit über 42 Jahren bin ich Grossrat von Basel. Ich bin wöchentlich mit Polizei und Staatsanwaltschaft in Kontakt, darum kenne ich mich aus und ich kenne die Strukturen. Jetzt am Freitag zum Beispiel, in zwei Tagen, verabschiede ich als Mensch und Grossrat und Parteipräsident Urs Wicki von der Basler Polizeigeschäftsleitung in den Ruhestand. Ich gehe dorthin, ich bedanke mich. Er war Chef bei der Fahndung, er hat mir Hinweise gegeben, dass da Plakate hingen über mich, auf denen stand, man solle mich umbringen. Ich behandle einfach diese Leute freundlich und ich habe auch dem Polizisten der Geschäftsleitung mein Buch geschenkt «Jüngster Abgeordneter Europas».

Sie sehen, meine Damen und Herren, ich kümmere mich um gute Kontakte in diesem Stadtkanton. Wenn mein Vorredner Mahir Kabakci den Wunsch geäußert hat, dass die Staatsanwaltschaft mehr gegen Rassismus macht, darf ich auch sagen,



was ich mir wünsche von der Staatsanwaltschaft. Mit einem Trick ist mir das Handy Ende 2024 von der Staatsanwaltschaft weggenommen worden. Sie haben darauf aber nichts gefunden.

Mahir Kabakci, wenn es die Hauptaufgabe der Polizei und Staatsanwaltschaft ist, seit über 43 Jahren mich als Grossrat zu verhindern, bitte, ich freue mich, ein Prozess gegen mich ist die beste Werbung. Darum sage ich, eine neue Struktur wird nichts bringen von Polizei und Staatsanwaltschaft, weil Eric Weber bleibt Staatsfeind Nummer 1. Das bleibt ganz klar. Es ist so, in Diktaturen wird man weggesperrt, aber für Grossratssitzungen habe ich Freigang beantragt und ich darf bei euch sein, darum geniesse ich jede Minute, wenn ich hier reden kann.

Ich verbringe auch meine Ferien in Basel, jede Woche wegen der Polizei und Staatsanwaltschaft melde ich mich bei der Polizei, dass ich nicht geflüchtet bin im Freigang. Darum weiss ich vieles über den Kanton. Ich stelle, lieber Mahir Kabakci, ich stelle Antrag auf Rückweisung und nicht Eintreten.

Als Profi komme ich jetzt noch zu meinen Vorrednern, und ich wünsche mir, dass es mehr Diskussion gibt. David Jenny hat gesagt, die Strafverfolgung habe mit Belastungen zu kämpfen. Ja gut. Und so weiter. Der Mahir Kabakci vom Spannungsfeld gesprochen, man müsse Rassismus bekämpfen. Ich möchte einfach, dass die aufhören, mich zu bekämpfen und mich immer hier als Staatsfeind Nummer 1 zu erklären.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann. Sie verzichtet, Joël Thüring verzichtet ebenfalls. Das Wort hat David Jenny.

David Jenny (FDP): Nur ganz kurz *for the record*. Die Kommission ist in ihren Beratungen nicht zu offiziellen Feststellungen gekommen, wie enthusiastisch oder weniger enthusiastisch irgendeine Einheit in unserem Kanton ReoS vorantreibt, aber es ist natürlich jedem referierenden Kommissionsmitglied überlassen, seine eigenen Eindrücke hier vorzubringen. Aber diese Eindrücke sind nicht offizielle Feststellungen der Kommission.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen zur Abstimmung. Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir kommen also zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0008270, 04.02.26 10:12:31*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie sind mit 92 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 0 Enthaltungen auf das Geschäft eingetreten.

Wir kommen zur nächsten Abstimmung. Eric Weber beantragt, den Ausgabenbericht an den Regierungsrat zurückzuweisen. Wir starten die Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.



Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 90 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008272, 04.02.26 10:13:17]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Ausgabenbericht nicht zurückgewiesen. Wir kommen zur Detailberatung Grossratsbeschluss 1 Gesamtausgaben, Seite 12 des Ausgabenberichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Grossratsbeschluss 1

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss , NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008274, 04.02.26 10:14:20]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Konzeptphase des Projekts «Reorganisation der Strafverfolgung ReoS» werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 1'360'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 92 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme dem Grossratsbeschluss zugestimmt. Detailberatung Grossratsbeschluss 2, Ausgaben 2026, Seite 13 des Ausgabenberichts und Schlussabstimmung.

Abstimmung

Grossratsbeschluss 2

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss , NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008276, 04.02.26 10:15:15]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Konzeptphase des Projekts «Reorganisation der Strafverfolgung ReoS» wird für das Jahr 2026 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 524'000 bewilligt (Justiz- und Sicherheitsdepartement, Dienststelle Generalsekretariat, Kostenartengruppe 31 Sach- und Betriebsaufwand).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 91 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme dem Grossratsbeschluss zugestimmt.

12. Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB); Genehmigung der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK UKBB

[04.02.26 10:15:29, 25.0542.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die IGPK UKBB beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Kommission das Wort hat Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Ich darf über den Bericht der IGPK des Universitätskinderspitals beider Basel zur Rechnung von 2024 zu Ihnen sprechen. Es ist schon ein Weichen her. Ich möchte nur die wichtigsten Punkte kurz ansprechen. Das meiste wurde bereits im Rahmen der Besprechungen der gemeinwirtschaftlichen Leistungen hier im Rat thematisiert.

Das UKBB befindet sich trotz steigender Leistungszahlen in einer angespannten finanziellen Situation. Der ambulante Bereich weist mit einem Kostendeckungsgrad von lediglich 65% ein strukturelles Defizit auf und erstmals ist auch der stationäre Bereich aufgrund der unveränderten Tarife und steigenden Kosten defizitär mit einem Deckungsgrad von 92%. Die Jahresrechnung 2024 schliesst mit einem negativen Betriebsergebnis von 9,8 Millionen ab.

Eine externe Überprüfung der UKBB-Strategie bestätigt die grundsätzliche Ausrichtung, zeigt jedoch Optimierungspotenzial in Prozessen und Produktivität auf. Die GWL-Vorlagen von 2026 bis 2029 haben dies bereits aufgegriffen. Für die kommenden Jahre stehen Ertragssteigerungen, Kostenoptimierungen und Produktivitätsverbesserungen im Vordergrund. Insbesondere prüft das UKBB Kooperationen und eine Erweiterung des Einzugsgebiets. Zudem engagiert sich das UKBB für kostendeckende Tarife.

Die IGPK würdigt die transparente Zusammenarbeit mit den Regierungen und das Problembewusstsein des UKBB. Das Wichtigste aber zum Schluss, einmal mehr gebührt der Dank vor allem all jenen, welche sich täglich für das Wohl der Kinder einsetzen. Den Kommissionsmitgliedern danke ich für ihre Arbeit und bitte Sie, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Besten Dank. Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich schliesse mich im Namen des Regierungsrats dem Dank an, den die Kommissionssprecherin bereits ausgesprochen hat. Er geht an die Mitarbeitenden des UKBB, die sich täglich und oft auch nachts für die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen einsetzen. Ebenso bedanke ich mich bei der Kommission für die produktive Zusammenarbeit im Interesse des UKBB.

Es liegt Ihnen die Rechnung 2024 zur Genehmigung vor. Sie haben gesehen, dass die Rechnung trotz eines Leistungswachstums mit einem negativen finanziellen Ergebnis von 9,8 Mio. Franken abschliesst. Das ausgewiesene Defizit ist unter anderem auf strukturelle Rahmenbedingungen zurückzuführen, die sich im Berichtsjahr weiter verfestigt haben. Besonders im ambulanten Bereich zeigt sich seit mehreren Jahren, dass Leistungen nicht kostendeckend abgegolten werden, das Leistungswachstum verbessert die Versorgung, spiegelt sich jedoch nicht in den Erträgen wieder.

Im Jahr 2024 war auch der stationäre Bereich nicht kostendeckend. Kostensteigerungen bei unveränderten Tarifen führten dazu, dass auch dort kein Ausgleich mehr erzielt werden konnte. Die finanzielle Belastung betraf damit sowohl den ambulanten als auch den stationären Bereich. Gleichzeitig hat das UKBB seine betriebliche Steuerung weiterentwickelt, die Aufenthaltsdauer der Patientinnen und Patienten konnte reduziert, Abläufe effizienter gestaltet und das Personalmanagement gezielt angepasst werden. Dies zeigt, dass das UKBB verantwortungsvoll mit seinen Ressourcen umgeht und aktiv Massnahmen zur Stabilisierung ergreift.



Jedoch war und ist das UKBB trotz Leistungswachstum weiterhin mit strukturellen Defiziten konfrontiert. Zusätzlich wirkten sich 2024 Faktoren wie Fachkräftemangel und Teuerung auf die Kostenentwicklung aus. Infolge des Defizits im Jahr 2024 fiel das Eigenkapital unter das Dotationskapital, was in den Jahresrechnungen der Trägerkantone dann für das entsprechende Jahr 2024 auch eine Wertberichtigung von je 1,5 Mio. Franken erforderlich machte. Angesichts dieser Entwicklung beauftragten das Gesundheitsdepartement Basel-Stadt und die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion Basel-Landschaft den Verwaltungsrat des Spitals mit einer externen Überprüfung der Unternehmensstrategie. Ziel war es, Ansatzpunkte zur finanziellen Stabilisierung zu finden und die bestehende Strategie unter den aktuellen Rahmenbedingungen zu beurteilen.

Das Ergebnis der Analyse bestätigte, dass die strategische Ausrichtung des UKBB grundsätzlich tragfähig ist und sie die Entwicklungen in der Pädiatrie korrekt adressiert. Gleichzeitig wurden operative Massnahmen zur Ergebnisverbesserung identifiziert, etwa durch Produktivitätssteigerungen, ein verbessertes Kapazitätsmanagement, die Weiterentwicklung von Kooperationen sowie Effizienzgewinne in unterstützenden Prozessen. Das UKBB wurde sodann verpflichtet, die Massnahmen konsequent umzusetzen, deren Wirkung eng zu begleiten und die Eignerkantone regelmässig über den Stand zu informieren. Ziel ist es, die finanzielle Situation so zu stabilisieren, dass zusätzliche Beiträge mittelfristig nicht mehr erforderlich sind. Eine spürbare finanzielle Wirkung der ergriffenen Massnahmen ist jedoch erst mittelfristig zu erwarten.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Herausforderungen wurden den Parlamenten beider Kantone im vergangenen Jahr in einer separaten Vorlage zusätzliche Beiträge zur Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten am UKBB beantragt. Sie haben diese Anträge genehmigt und ich möchte Ihnen an dieser Stelle noch einmal dafür danken. Diese zusätzlichen Mittel leisten einen Beitrag zur finanziellen Stabilisierung des UKBB in einer schwierigen, aber wichtigen Übergangsphase. Sie sind verbunden mit der Erwartung, dass sich die finanziellen Verhältnisse am UKBB jetzt normalisieren werden, einerseits durch das neue Tarifsysteem für die ambulanten ärztlichen Leistungen, das ist inzwischen in Kraft getreten, andererseits auch durch strukturelle und betriebliche Verbesserungen, die in Arbeit sind.

Meine Damen und Herren, der Regierungsrat ist überzeugt, dass das UKBB auch in Zukunft eine zentrale Rolle in der regionalen und teilweise überregionalen Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen einnehmen wird. Kooperationen, Innovation und die qualitative Weiterentwicklung bleiben wichtige Pfeiler. Gleichzeitig braucht es verlässliche und realistische finanzielle Rahmenbedingungen, um diese Leistungen des Spitals nachhaltig sicherzustellen. Ich danke Ihnen, wenn Sie die Rechnung zur Kenntnis nehmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Die Kommissionspräsidentin verzichtet ebenfalls. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008278, 04.02.26 10:24:54]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Bericht des Regierungsrats betreffend Information über die Rechnung 2024 des Universitäts-Kinderspitals beider Basel wird gemäss § 11 Abs. 5 lit. a und b des Staatsvertrags über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag) vom 22. Januar 2013 zur Kenntnis genommen.

2. Ziffer 1 dieses Beschlusses steht unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des Landrates des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 91 Ja-Stimmen und einer Enthaltung dem Grossratsbeschluss zugestimmt.

13. Rahmenausgaben für die Wiederbeschaffung der Fahrzeuge der Stadtgärtnerei zur Erreichung des Netto Null Ziels 2030, Ratschlag des RR

[04.02.26 10:25:07, 25.1393.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Kommission hat deren Präsidentin Raffaella Hanauer das Wort.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Das vorliegende Geschäft wurde der UVEK im Dezember zur Vorberatung überwiesen. Die UVEK hat sich an einer ihrer Sitzungen im Januar damit auseinandergesetzt. Der Regierungsrat möchte den Fuhrpark der Stadtgärtnerei auf elektrisch umstellen, um den Klimazielen nachzukommen. Dies ist auch in der Strategie Klimaneutrale Verwaltung 2030 so vorgesehen. Dazu ist eine Rahmenausgabenbewilligung in der Höhe von 13,69 Mio. Franken beantragt. Zudem werden befristete Personalressourcen in der Höhe von 550'000 Franken für den Zeitraum 2027 bis 2031 bei der Stadtgärtnerei im Bereich Logistik beantragt. Es handelt sich dabei um eine befristete Headcount-Erhöhung um 60%.

Bisher wurden Ersatzbeschaffungen vom Abteilungsleiter direkt gemacht. Die Abteilungsleitung kann jedoch nicht in das bestehende Pensum die komplexen Beschaffungen von 58 Fahrzeugen sehr unterschiedlicher Art, teils auch mit Nischenprodukten, unterbringen. Es sind demnach auch 15 unterschiedliche Fahrzeugarten mit 20 unterschiedlichen Spezifikationen. Hinzu komme auch die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien. Es wird daher 20 Ausschreibungen geben müssen, wobei man mit einer Abbruchquote von 50% rechnet und daher von 30 Ausschreibungen ausgeht. Daher werden ebenfalls Personalressourcen in der Höhe von 200'000 Franken für den gleichen Zeitraum für die befristeten Mehraufwände bei der kantonalen Fachstelle für öffentliche Beschaffungen beantragt. Dies ist eine Erhöhung um 20 Stellenprozente befristet.

Mit den beantragten Geldern sollen, wo es auf dem Markt auch bereits Angebote gibt, die fossil betriebenen Fahrzeuge ersetzt werden. Dank vermehrter Nutzung von leichter E-Mobilität konnte die Stadtgärtnerei den Bedarf stärker motorisierter Fahrzeuge bis 2030 von 140 auf 126 Stück bereits reduzieren, wie dem Ratschlag zu entnehmen ist. Damit und mit der beantragten Ersatzbeschaffung können 79% der Fahrzeuge bis 2030 fossilfrei betrieben werden. Für die restlichen 21% ist der Markt noch nicht weit genug.

Die UVEK hörte sich für dieses Geschäft den Regierungsrat sowie die Stadtgärtnerei Abteilung Logistik an. Sie ist auf das Geschäft eingetreten und beantragt dem Grossen Rat einstimmig, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen. Sie hat sich für einen mündlichen Bericht entschieden und folgende Abklärungen getroffen und Diskussionen geführt.

Zuerst zu den Personalressourcen: In der UVEK hat man sich erkundigt, weshalb der Personalbedarf für die Beschaffung von Elektrofahrzeugen höher ist als bei den bisher fossil betriebenen, die ja auch ersetzt werden mussten, sobald sie end of life waren. Sie erhielt die Auskunft, dass bisher pro Jahr drei bis vier Ersatzbeschaffungen liefen, was sich im Rahmen des Pensums der Abteilungsleitung umsetzen liess. Die Menge der hier beantragten Ersatzbeschaffungen übersteige jedoch die Möglichkeiten der bisherigen Zuständigkeit und wie erwähnt, die Anzahl an notwendigen Ausschreibungen, die ich einleitend beschrieben habe, sowie die diversen Spezifikationen machen einen grösseren Umfang an Arbeit aus.

Auch zur Höhe der für die Stellen vorgesehenen Summen hat man sich in der UVEK erkundigt. Die 20-Prozent-Stelle würde hochgerechnet auf einen deutlich höheren jährlichen Betrag kommen als die 60-Prozent-Stelle. Zudem seien die Zahlen sehr hoch. Der UVEK wurde daraufhin erläutert, dass die Zahlen keine Lohnsummen darstellen, sondern Vollkosten inklusive Infrastruktur. Die UVEK liess sich versichern, dass die Zahlen korrekt auf Basis einer Vorlage des Finanzdepartements errechnet wurden. Sie nahm zudem zur Kenntnis, dass die Differenz der Kosten der beiden beantragten Stellen hochgerechnet auf 100% gar nicht allzu gross sei.

Zu den Abklärungen bezüglich Lifecycle-Kosten: Ebenfalls auseinandergesetzt hat sich die UVEK mit den berechneten Lifecycle-Kosten. Es wurde die Frage aufgeworfen, weshalb bei den E-Personenwagen nur 12 Jahre Nutzung eingetragen ist, während bei Dieselfahrzeugen mit 20 Jahren gerechnet wird im Ratschlag. Dies irritiere, da Elektrofahrzeuge oftmals länger nutzbar seien als dieselbetriebene und da im Ratschlag im Gegensatz zu den Personenwagen bei den Nutzfahrzeugen dieselbe Lebensdauer angenommen wurde bei den Berechnungen. Die Berechnung der Betriebskostenbilanz müsste demnach bei den Personenwagen noch positiver ausfallen. Die Verwaltung erläuterte der UVEK, dass die 20-jährige Dieselfahrzeugslebensdauer auf ein konkretes Beispiel eines bestehenden Fahrzeugs innerhalb



des Fuhrparks zurückzuführen sei. Sie sagte auch, dass es für die Elektrofahrzeuge keine entsprechenden vergleichbaren Erfahrungswerte gibt. Sie bestätigte jedoch auch, dass sich bei einer längeren Nutzung des Elektrofahrzeugs als angenommen im Ratschlag das Verhältnis nochmals verbessern würde.

Zum Verkauf der fossil betriebenen Fahrzeuge: Die UVEK hat darüber diskutiert, inwiefern ein Verkauf der noch brauchbaren fossil betriebenen Fahrzeuge ökologisch sinnvoll ist. Die Einnahmen aus dem Verkauf werden nicht mit den beantragten Ausgaben verrechnet, sondern werden dem Budget zugeschrieben. Es wurden in der UVEK Bedenken geäußert, dass wenn die Fahrzeuge nicht verschrottet werden, sie andernorts weiterhin CO₂ ausstossen würden. Es stand demnach die Frage im Raum, ob es nicht ökologischer wäre, die Fahrzeuge bis zu ihrem Lebensende zu nutzen und danach selbst zu verschrotten, statt sie frühzeitig zu verkaufen. Die Verwaltung geht davon aus, dass die alten Fahrzeuge der Stadtgärtnerei andernorts wohl Fahrzeuge ersetzen würden, welche noch mehr Emissionen ausstossen. Zudem sei der vorzeitige Ersatz mit der Vorbildrolle der Verwaltung zu begründen und mit der Strategie Klimaneutrale Verwaltung 2030. Ziel sei dabei, durch Vorangehen des Kantons Betriebe und Unternehmen zu motivieren, auch umzustellen.

Dazu gab es in der Kommission unterschiedliche Ansichten, zumal auch die graue Energie der Fahrzeuge mitbilanziert werden müsste und zumal es im vorliegenden Antrag letztlich um die Erreichung des Netto-Null-Ziels für die Verwaltung geht, welches Gegenstand des Gegenvorschlags zur Klimagerechtigkeitsinitiative war. Daher hat die Kommission sich nicht weiter mit der Frage der Auswirkungen des Verkaufs der noch funktionierenden fossil betriebenen Fahrzeuge befasst. Um sich damit zu befassen, bräuhete es eine genauere Ökobilanz, als dies die Kommissionsberatung zum vorliegenden Geschäft bieten könne.

Die UVEK hat sich auch mit der Höhe der beantragten Gelder für die Ersatzbeschaffungen auseinandergesetzt. Der UVEK wurde erläutert, dass die Höhe der tatsächlichen Kosten sich noch senken könnte, einerseits durch eventuelle Submissionserfolge und andererseits auch durch Preisveränderungen am Markt. Dieser Marktbereich entwickelt sich zurzeit rasch.

Für Rückfragen haben die hohen Anschaffungskosten vor allem bei Elektromäsenrasenmähern gesorgt. Die UVEK erhielt die Auskunft, dass es kaum günstigere Mäher gäbe in dieser Dimension und dass auch hier die Anzahl von insgesamt fünf Stück eventuell zu Vergünstigungen in der Submission führen kann. Der veranschlagte Mäher der Stadtgärtnerei sei zudem sehr gut getestet worden und es sei nicht ausgeschlossen, dass das Submissionsverfahren zeigt, dass es günstigere Modelle gebe. Der hohe Preis sei zudem damit zu begründen, dass die Stadtgärtnerei beim Unterhalt der Rasen auf eine Führerkabine angewiesen sei und nicht auf Mähroboter setzen könne, insbesondere in den Parks, anders sieht es auf den Sportflächen aus.

Zur Forschung und Entwicklung: In der UVEK hat man sich auch erkundigt, inwiefern die Stadtgärtnerei in Forschungsprojekte involviert sei zu solchen elektrisch betriebenen Fahrzeugen, zumal das Know-how der Stadtgärtnerei auch für Produzierende von Interesse wäre. Sie erhielt die Auskunft, dass Erfahrungsaustausche mit Städten und Gemeinden sowie mit der Rettung und der Feuerwehr stattfänden. Auch testet die Stadtgärtnerei Geräte von Herstellern, um Erfahrungen zu sammeln.

Abschliessend wollte die UVEK zudem wissen, ob es für die zahlreichen neuen Fahrzeuge neue Lademöglichkeiten braucht. Und sie erhielt die Auskunft, dass die Ladeinfrastruktur gemäss Verwaltung mehrheitlich vorhanden sei und in den bestehenden Magazinen, wo noch nicht vorhanden, nachgerüstet werden kann.

Gestützt auf diese Abklärungen hat die UVEK einstimmig sich dafür entschieden, die Gelder für die Ersatzbeschaffungen hier im Grossen Rat zu beantragen. Ein Änderungsantrag wurde in der Kommission nicht gestellt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an die zuständige Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank an die Kommission für die Behandlung und den Bericht. Ich denke, hier ist wirklich auch nochmals festzuhalten, dass Sie vergleichbare Ratschläge auch schon gesehen haben. Ich kann auch festhalten, dass die Bevölkerung wirklich diese elektrischen Fahrzeuge schätzt, weil sie eben viel leiser sind. Ich denke, das ist noch eine wichtige Bemerkung, neben dem, dass man sich auch bewusst sein muss, dass wir doch eben das Netto-Null-Ziel haben, bei der Verwaltung machen die Fahrzeuge doch einiges an der CO₂-Bilanz aus und deshalb ist es aus meiner Sicht auch wichtig, diesen Volksauftrag ernst zu nehmen. Wenn wir diese Fahrzeuge jetzt nicht schrittweise bis 2030 ersetzen können, dann werden sie sich logischerweise auf die CO₂-Bilanz des Kantons niederschlagen. Wir werden diese Ziele nicht erreichen können. Auch deshalb sind wir sehr dankbar, wenn Sie diesem Ausgabenbericht zustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen zu den ersten Fraktionssprechenden. Johannes Barth hat das Wort für die FDP.



Johannes Barth (FDP): Die FDP-Fraktion anerkennt das Ziel einer klimaneutralen Verwaltung bis 2037 und unterstützt den Weg hin bis zu weniger Emissionen. Auch die Stadtgärtnerei soll ihren Beitrag leisten, aber Klimaschutz muss wirksam, wirtschaftlich und vernünftig umgesetzt werden. Genau hier hat die FDP beim vorliegenden Ratschlag wesentliche Vorbehalte.

Keine Ersatzbeschaffung aus Prinzip. Der Ratschlag sieht vor, das Netto-Null-Ziel 2030 zu erreichen, indem in kurzer Zeit umfangreich auf elektrisch beziehungsweise emissionsärmer umgestellt wird, teilweise auch bevor Fahrzeuge ihr übliches Nutzungsende erreicht haben. Aus Sicht der FDP ist das weder ökologisch zwingend noch finanzpolitisch verantwortbar, denn der vorzeitige Ersatz verursacht hohe Zusatzkosten. Diese Mehrkosten werden mit Steuergeldern finanziert. Nachhaltigkeit heisst auch, bestehende, funktionierende Mittel sinnvoll weiterzunutzen.

Der Ratschlag beziffert die Differenz zwischen ökologisch und ökonomisch Ersatz erst bei Erreichen der durchschnittlichen Lebensdauer auf rund 5,1 Mio. Franken bis 2030. Diese 5,1 Mio. Franken sind aus FDP-Sicht genau der Betrag, den man vermeiden kann und muss, ohne den Klimapfad grundsätzlich zu verlassen, einfach zeitlich vernünftiger entlang des ordentlichen Ersatzzyklus.

Nun komme ich auf die Technologieentwicklung. Besser später gut kaufen als heute teuer früh kaufen. Ich glaube, jeder von euch, der ein Elektrofahrzeug gekauft hat in den letzten fünf Jahren, weiss dies genau. Selbst mein eigenes Fahrzeug, das ich vor drei Jahren gekauft habe, hat heute, wenn man es kaufen würde, die doppelte Reichweite. Also war es richtig, sofort zu kaufen, das erste Elektroauto? Natürlich, wenn man Spass und Freude und Geld hat, anscheinend wie der Kanton Basel-Stadt, dann kann man dies tun, macht aber vielleicht nicht immer Sinn, denn die hohen Erstgenerationspreise zahlt man, die geringere Auswahl ist da und die rasche technische Überholung. Das ist weder clever noch nachhaltig.

Darum stellen wir den Änderungsantrag, der den ordentlichen ökonomischen Ersatzpfad abbildet, im Ratschlag selbst darstellt und die unnötigen Mehrkosten eliminiert. Deshalb beantragen wir, die Investitionsrechnung BVD Stadtgärtnerei Investitionsbereich übrige Rahmenausgabe 4,845 Millionen statt 7,95 bei der Erfolgsrechnung Kleininvestition BVD Stadtgärtnerei die Rahmenausgabe zu kürzen auf 2,995 statt 5,015 Mio. Dies entspricht insgesamt der am beantragten Reduktion um rund 5,1 Mio. Franken im Sinne der im Ratschlag ausgewiesenen Differenz zwischen ökologisch und ökonomisch.

Befristete Personalressourcen können auf 440'000 Franken anstatt von 550'000 Franken reduziert werden und die befristeten Personalressourcen Fachstelle öffentliche Beschaffungen auch auf 160'000 Franken statt 200'000 Franken. Wir begründen diese Kürzung damit, dass bei der Schaffung entlang der ökonomischen Variante die Komplexität sinkt und damit auch der Personalmehrbedarf.

Klimaziel ja, aber mit Augenmass, Wirtschaftlichkeit und Glaubwürdigkeit. Die FDP ist nicht gegen Klimaschutz, nicht gegen die Elektrifizierung dort, wo sie einsatzfähig und wirtschaftlich ist. Natürlich kann man Geräte austauschen und natürlich findet man es angenehmer, wenn ein Elektrofahrzeug vor einem steht, aber man soll dies bitte mit Mass tun und nicht ein selbstgestecktes Ziel, das sich die Regierung auf 2030 gesetzt hat, in eine Rolls-Royce-Variante von 5,1 Millionen, die mit Steuergeldern zu zahlen sind, umsetzen.

Darum beantragen wir die Zustimmung zu unserem Änderungsantrag gemäss den genannten Beträgen, Orientierung an der ökonomischen Ersatzstrategie, das heisst Ersatz bei Erreichung der Lebensdauer der Geräte, Klimapolitik mit Sachverstand statt mit Symbolik.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Remo Gallacchi für die Mitte-EVP.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Die grosse Mehrheit der Fraktion Mitte-EVP unterstützt den Antrag der FDP. Ich fasse nur kurz zusammen. Netto Null ist ja okay, das können wir machen. Fossilfrei ist ja okay, das können wir machen. Ist uns das 5 Millionen Mehrausgaben wert? Darüber kann man streiten. Wenn dem so wäre, es ist aber nicht so. Wir verkaufen unsere CO₂-Brenner woanders hin, oft in den Osten, aber muss ja nicht zwingend sein, sondern der am heissen bietet.

Somit klopfen wir uns auf die Schulter für 5,1 Millionen und sagen, jawohl, wir sind CO₂-frei, zeigen aber gleichzeitig mit dem Finger auf die anderen und sagen, ihr müsst auch und zeigen eigentlich auf die Fahrzeuge, die wir denen verkauft haben. Das ist eigentlich nicht ehrlich. Man könnte auch sagen, die 5,1 Millionen Mehrausgaben sind es uns wert und wir verschrotten noch gängige Fahrzeuge, aber der CO₂-Ausstoss von diesen Fahrzeugen wird auf null gesetzt und nicht irgendwo anders produziert.

Somit komme ich zur Aussage von Regierungsrätin Esther Keller, die CO₂-Bilanz des Kantons ist ja schön und gut, aber wenn der Wind dreht, kommt der Wind von Osten hierher und spült quasi das CO₂, das wir dorthin exportiert haben, wieder



zu uns zurück. Es ist eben nicht ein Problem des Kantons, das Klimaproblem. Wir können es nicht retten, wir können Beitrag dazu leisten, aber in einem vernünftigen Mass. Und wollen wir wirklich 5,1 Millionen mehr ausgeben, wie Regierungsrätin Esther Keller gesagt hat, damit wir leisere Fahrzeuge haben? Ich glaube, das ist doch eher unsinnig.

Aus diesen hauptsächlichen Gründen, da die CO₂-Bilanz, ein bisschen über den Tellerrand hinaus gesehen, gar nicht besser wird, unterstützen wir den Antrag der FDP.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe eine Zwischenfrage von Leoni Bolz. Sie wird entgegengenommen.

Leoni Bolz (SP): Meinen Sie nicht, dass Emissionen eingespart werden können, wenn andere Länder anstatt Neuanschaffungen unsere alten Autos beziehen?

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Also wenn die anderen Länder Neuanschaffungen machen, dann produzieren die schon mal grundsätzlich weniger CO₂ als unsere alten und zweitens überlegen die sich vielleicht auch elektrisch.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Sprecherin ist Nicole Strahm-Lavanchy für die LDP.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Eigentlich sollten wir über jedes Geschäft eine Nacht schlafen können. Dieses Geschäft haben wir «Hopplahopp» verabschiedet, ohne sogar den Bericht dazu verabschiedet zu haben. Und deshalb ist es heute wahrscheinlich nicht mehr einstimmig.

Klimaschutz ist mit erheblichen Investitionen verbunden, am meisten kostet es aber, wenn wir nichts tun. Aber wie schnell und wie radikal soll man vorwärtsgehen? Der Regierungsrat hat sich entschieden und nicht als Volksentscheid. Sein Ziel ist, dass die kantonale Verwaltung ihr Netto-Null-Ziel bereits bis 2030 erreichen will und soll. Das heisst, die kantonale CO₂-Emissionen bis 2030 gegenüber 2022 ist um mindestens 85% zu senken. Bei diesem Beschluss wurden weder die konkreten zukünftigen Kosten noch die notwendigen Massnahmen transparent benannt. Dies ist eigentlich unseriös und bedeutet eine totale Intransparenz für die nächsten Jahre und eine finanzpolitische Salamtaktik im Deckmantel Netto Null 2030.

Wir haben bereits viel Gutes über die gewünschten neuen E-Fahrzeuge gehört und ich kann auch sehr vieles guteheissen. Aber der Mut für neue Technologien oder der Wille zu einer tiefgreifenden Innovation in der Beschaffung ist meines Erachtens in diesem Antrag nicht gerade sehr spürbar, heisst, ist nicht wirklich berücksichtigt worden. Mein gewünschtes Ziel wäre, vielleicht nicht alle Fahrzeuge auf einmal, so wie bei einer Schoggi-Tafel im Januar. Eine weniger ambitionierte ökologische Variante mit einem Ersatz der noch vorhandenen Fahrzeuge erst nach ihrer technischen Lebensdauer käme mit knapp 8 Mio. Franken aus, was dem Antrag der FDP entspräche. Und es bliebe immer noch ein Anteil emissionsfreier Fahrzeuge 2030 von rund 53% statt der angestrebten 79%, was aber immer noch einer Verdoppelung zu heute gleichkäme. Und es müssten keine funktionsfähigen Dieselfahrzeuge vorzeitig weiterverkauft oder verschrottet werden.

Von einer schnellen totalen Umstellung zu einer E-Fahrzeugflotte, davon profitiert kurzfristig ja nur Basel-Stadt durch geringere lokale Emissionen. Unsere globale Klimaverantwortung nehmen wir damit jedoch nicht wahr. Statt einer tatsächlichen Reduktion der Emissionen, das haben wir alle schon gehört, findet lediglich eine Verlagerung statt. Fahrzeuge werden aus einem Land mit strengen Klimavorschriften in Länder mit deutlich tieferen oder gar keinen Auflagen exportiert. Das ist nichts anderes als ausgelagerte Verschwendung grauer Energie. Den Vorteil eines Auslandverkaufs unserer Fahrzeuge sehe ich deshalb gespalten. Auch wenn ich sehe, dass unsere Fahrzeuge meist deutlich moderner, sicherer und sehr gut gewartet sind und dass sie ältere, deutlich emissionsintensivere Autos im Ausland ersetzen könnten, wäre eine klassische Win-Win-Situation auch im Sinne der CO₂-Reduktion.

Aber eben, die entscheidende philosophische Bewusstseinsfrage bleibt deshalb nur, wie wir Netto-Null erreichen wollen. Emissionen einfach auszulagern, kann nicht Teil unserer Lösung sein. Der Netto-Null-Kurs unseres Kantons erfordert klare Massnahmen, doch er sollte auch gegen Effizienz- und Ressourcengesichtspunkte abgewogen werden. In unserem Kanton gelten im Moment ökologische Vorteile ohne einen sorgsameren Umgang mit grauer Energie. Letztlich müssen wir alle hier im Saal entscheiden, ob die kurzfristigen lokalen Klimavorteile, die Abschreibung oder einfach eine Missachtung von grauer Energie rechtfertigen oder ob modifizierte, kostengünstigere, langfristige, innovativere Modalitäten zukünftig nicht sinnvoller wären.

Wir, die Fraktion LDP, bevorzugen in diesem Geschäft eine langfristige Beschaffungsvariante und deshalb unterstützen wir den Änderungsantrag der FDP trotz unserem Plus in der Kreuztabelle - eine veränderte Ausgangslage.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Béla Bartha für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ich spreche hier für die GRÜNEN/jgb und für die BastA.

Was haben wir? Wir haben auf der einen Seite jetzt hier eine Regierung, die wirklich alles versucht, ihr Versprechen einzulösen, bis 2030 ihre Fahrzeugflotte gänzlich zu dekarbonisieren. Wir konnten auch in der UVEK lernen und wir haben es auch von Raffaella Hanauer gehört, dass es hier wirklich darum geht, auch Innovation und Pionierarbeit zu leisten, weil wir gesehen haben, dass bei vielen Fahrzeugtypen, die jetzt zur Disposition sind, nicht alle wirklich heute schon elektrisch zur Verfügung stehen. Das heisst, bei der Neubeschaffung wird man auch auf ältere Technologien zurückgreifen müssen, weil die neuen eben noch nicht da sind. Aber dort, wo sie verfügbar sind, dort haben wir lernen können, dass die Stadtgärtnerei auch wirklich sich da aktiv in die Innovationsarbeit hineingibt und da Pionierarbeit macht und und zusieht, dass dieses Know-how in der Wirtschaft um uns herum in der Schweiz bleibt bei der Weiterentwicklung der E-Mobilität, was wir sehr begrüssen und was in der Stadtgärtnerei sicher auch zu Mehraufwand führt. Aber wir sind auch wirklich vorne dabei, wenn es um Innovation und technischen Fortschritt geht in der E-Mobilität. Und gleichzeitig könnte man fast von einer Wirtschaftsförderung reden, was der Kanton hier macht, weil eben diese Innovation auch bei uns bleibt.

Was wir jetzt aber komischerweise von Seiten der FDP sehen, ist eigentlich ein interessantes Erbsenzählen und ein ängstliches Zögern, Unentschlossenheit und immer wieder das Gleiche, dass wir doch lieber abwarten, bis eine bessere Lösung kommt. Das ist eine Geisteshaltung, die immer wieder dazu führt, dass wir eigentlich Innovation und technischen Fortschritt mehr oder weniger aus dem Land heraustreiben und in andere Länder verlagern. Und in diesem Fall hier könnten wir wirklich mutig vorgehen und sagen, wir wollen in dieser Innovation und in diesem technischen Fortschritt dabei sein und wollen mit unserem Praxiswissen, das wir in der Stadtgärtnerei haben mit dazu beitragen, damit wir nachher nicht von irgendwoher aus dem fernen Osten und aus Asien diese Geräte nachher bei uns wieder kaufen müssen. Diesen Gestaltungswillen, der auch aus dem Ratschlag herauskommt, möchte ich doch sehr unterstützen.

Gerade beim Klimaschutz wissen wir doch, dass wir doch nicht immer nur mitschwimmen sollten, sondern wir sollten auch mal den Mut haben, auch vorausgehen zu können. Und wie wir das im Marketing sagen, wir könnten ja auch hier mal ein Early Adapter sein und nicht einfach nur ein Abwarter, bis da bessere Technologien kommen. Wir haben die Möglichkeit, wir haben auch das Wissen in der Stadtgärtnerei und wir können das weitergeben. Ich hätte jetzt am liebsten vorgeschlagen, daraus ein Nationalfondsprojekt zu machen, damit wir auch die Universitäten und das technische Know-how weiterentwickeln können und wir das auch in der Wissenschaft verbreiten können. Wir sollten hier wirklich vorgehen.

Dann zur Botschaft, die wir auch hören, dass jetzt die FDP plötzlich ihr ökologisches Herz findet und da von End of Life und von grauer Energie spricht: Ich gehe sehr davon aus, dass wir, wenn wir unsere sehr gut gewarteten und auch auf dem höchsten Standard befindlichen Fahrzeuge in andere Länder geben, unter dem Strich in der Klimabilanz und in der Ökobilanz sicher einen positiven Effekt erzielen. Darum finde ich das gar keine schlechte Sache, wenn wir auch in anderen Ländern diesen Fortschritt und diese Weiterentwicklung der Erreichung des Klimaziels vorantreiben.

Ich weiss, wir können mit einem solchen Vorgehen in Basel nicht die Welt retten, aber wir können wichtige und zielführende Impulse setzen und ich bin deshalb sehr erfreut über den Mut, den die Stadtgärtnerei hier auch beweist und ihr Wissen auch in neue Technologien hineinbringt und auch auf diese Technologien setzt. Wir hoffen, dass der Kanton diesen Vorbildcharakter über die Grenzen hinaus in andere Städte bringen kann. Deshalb sind wir sehr für diesen Ratschlag und für Überweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ich habe sehr viel Respekt für die Stadtgärtnerei, ich arbeite in anderer Funktion sehr gut mit ihnen zusammen. Aber haben Sie jetzt wirklich das Gefühl, unsere Stadtgärtnerei sei eine *Innovation Lab* und könnte da Technologien entwickeln? Das ist völlig realitätsfremd.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Sie sind die Praktiker und Sie wissen, wie die Maschinen vor Ort sind und Sie können ein Feedback geben. Es ist in jeder Wissenschaft, in jeder Innovation so, dass man in die Praxis geht und schaut, ob das funktioniert und dann das Feedback wieder einbauen kann. Das ist die Funktion der Stadtgärtnerei in diesem Bereich.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Stefan Wittlin für die SP.



Stefan Wittlin (SP): Die SP-Fraktion kann sich vollumfänglich den Worten meines Vorredners anschliessen. Ich bin sehr froh um diese Gegendarstellung. Ich möchte gerne noch ein paar Ergänzungen machen und ich denke, die ganze Beratung hier dreht sich um die Frage nach der Vorbildfunktion des Kantons. Diese setzen wir sehr hoch an.

Ich möchte zuerst zu den ökologischen Argumenten etwas sagen, vor allem auch auf die Argumente, die Remo Gallacchi hervorgebracht hat. Die Maschinen und Fahrzeuge, die jetzt vor Ablauf der Nutzungsdauer ersetzt werden sollen, sollen verkauft werden und kommen an einem anderen Ort zum Einsatz. Das ist ökologisch sinnvoll. Verschrotten wäre total unsinnig, aber ich glaube, niemand hier möchte funktionstüchtige Fahrzeuge verschrotten, nur damit sie nicht mehr woanders CO₂ ausstossen. Realität ist, dass, wenn ein ein Basler Diesel-Fahrzeug woanders zum Einsatz kommt, es da ein altes, wahrscheinlich noch klimaschädlicheres Diesel-Fahrzeug ersetzt und deshalb ist es eben sinnvoll. Wenn wir also die ökologische Neubeschaffung machen, dann ist hier in Basel ein elektrisches Fahrzeug in Betrieb oder eine Maschine und woanders ein Diesel-Fahrzeug. Wenn wir die ökologische Beschaffung nicht machen, dann sind einfach bis auf weiteres zwei Diesel-Fahrzeuge im Einsatz. So einfach ist diese Rechnung.

Und dann zu den Argumenten der Wirtschaftlichkeit. Bei den Personenfahrzeugen stellt sich diese Frage nicht, da sind Elektrofahrzeuge heute schon wirtschaftlicher. Der Regierungsrat ist hier ein bisschen pessimistisch und rechnet mit einer Nutzungsdauer von nur 12 Jahren bei Elektrofahrzeugen, während fossil betriebene 20 Jahre genutzt werden können. Das verstehen wir nicht ganz, wieso hier unterschieden wird in der Gesamtnutzungsdauer. Ich glaube, da ist die Entwicklung jetzt wirklich so weit, dass wir mit einer gleichen Nutzungsdauer rechnen können. Dann hätten wir rund 30% weniger Kosten auf den gesamten Lebenszyklus.

Nun, in diesem Geschäft sind die Personenwagen fast vernachlässigbar. Wir sprechen von rund 1,5% der gesamten Neubeschaffung, was die Personenwagen angeht. Konzentrieren wir uns also auf die Nutzfahrzeuge und Maschinen. Da rechnen wir jetzt mit rund 30% höheren Lebenszykluskosten. Das ist der Preis für die ökologische Neubeschaffung, da möchten wir Ihnen auch nicht widersprechen. Aber da kommt eben unsere Rolle als Vorbild zum Tragen, da wollen wir diese Vorbildfunktion einnehmen und dafür sind uns diese Mehrkosten eben auch wert. Es kommt das Lärmargument hinzu, das Regierungsrätin Esther Keller schon angesprochen hat. Nun, diese 15 Jahre Nutzungsdauer der Maschinen und Nutzfahrzeuge ist doch relativ kurz und aus meiner Sicht sehr konservativ gerechnet. Vielleicht sind ja diese Geräte länger im Einsatz und dann verringern sich diese Mehrkosten, dann sieht diese Bilanz plötzlich gar nicht mehr so schlecht aus.

Wir wollen am Ziel der klimaneutralen Verwaltung bis 2030 festhalten und mit diesen Investitionen tragen wir entscheidend dazu bei. Die SP-Fraktion bittet Sie deshalb, den Änderungsantrag der FDP abzulehnen und den Rahmenausgaben im vom Regierungsrat beantragten Umfang zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Nicole Strahm. Sie wird entgegengenommen.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Was gehört aus Ihrer Sicht allgemein zum Klimaziel 2030, die Vorbildfunktion, die Vorreiterrolle und steuerzahlende Kosten?

Stefan Wittlin (SP): Heute haben wir einen konkreten Betrag auf dem Tisch, das ist doch super. Jetzt können wir über diesen Betrag sprechen. Insgesamt glaube ich, ist es sehr schwierig, das finanziell festzuhalten. Wir haben aus zwei Gründen diese Vorbildfunktion. Wir sind die öffentliche Hand, wir können gegenüber den Privaten eine Vorbildfunktion einnehmen und wir sind Basel, wir sind die Schweiz und da können wir gegenüber anderen Ländern, die vielleicht weniger finanzielle Mittel haben, eine Vorreiterrolle einnehmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine zweite Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird ebenfalls entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Wo finde ich die Rechtsnorm? Der Kanton Basel-Stadt übt immer eine Vorbildfunktion aus, koste es, was es wolle.

Stefan Wittlin (SP): Es kostet nicht, was es wolle, es kostet hier 5 Mio. Franken und das war in der Abstimmungsvorlage zur Klimagerechtigkeitsinitiative beziehungsweise zum Gegenvorschlag ein Bestandteil. Es steht zwar nicht in der Verfassung, aber die Bevölkerung hat dieses Ziel auch zur Kenntnis genommen und wir möchten an diesem Ziel festhalten.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne für die GLP.

Brigitte Kühne (GLP): Kurz, wir Grünliberalen begrüssen die Rahmenausgaben für die Wiederbeschaffung der Elektrofahrzeuge für die Stadtgärtnerei klar, gerade im Hinblick auf das Ziel der Verwaltung und des Regierungsrates, Netto-Null 2030 zu erreichen. Den Änderungsantrag lehnen wir ab. Wir möchten darauf hinweisen, dass Änderungsanträge in der UVEK hätten eingebracht und diskutiert werden können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Felix Wehrli für die SVP.

Felix Wehrli (SVP): Ich bin jetzt schon etwas erstaunt über die verschiedenen Voten der UVEK-Mitglieder. Ich bin nicht in der UVEK, aber offensichtlich sind neue Erkenntnisse dazugekommen, und im Prinzip sollte man das Geschäft eigentlich an die UVEK zurückweisen.

Die Fraktion der SVP ist nicht generell gegen die Neuanschaffung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen und Maschinen, sie darf aber nicht ideologisch, wie letztlich beim Feuerwehrfahrzeug erfolgen. Diesmal werden Fahrzeuge und Maschinen vor dem Ende ihrer Lebensdauer, also vor der Abschreibung, ersetzt und dabei wird noch auf die Klimaneutralität hingewiesen. Glauben Sie denn wirklich, dass diese Fahrzeuge, welche mal verkauft werden, nicht mehr betrieben werden? Nein, das glauben Sie selber auch nicht, wie ich von allen gehört habe. Jetzt habe ich gehört, dass diese ins Ausland verkauft werden. Vielleicht, sie werden aber vielleicht auch von Gartenbetrieben günstig gekauft, die hier tätig sind oder ich weiss nicht, ob das die Regierung verboten hat und sicher zum Teil weiterhin in Basel benutzt, vielleicht sogar im Auftrag der Stadtgärtnerei oder der Gemeindegärtnerei von Riehen.

Es entspricht nicht der Wahrheit, wenn Sie nun behaupten, dass wir dadurch klimaneutraler sind, das Gegenteil ist der Fall, weil die elektrisch betriebenen Fahrzeuge vielleicht in vier Jahren, wenn die Abschreibung der jetzigen Fahrzeuge tatsächlich das Ende erreicht haben, noch besser werden als die, die wir jetzt beschaffen. Also wie es auch gesagt wurde, wenn man vor drei Jahren ein Elektrofahrzeug gekauft hat, hätte man, wenn man es heute kaufen würde, die doppelte Leistung.

Dann habe ich gehört heute im Regionaljournal vom Leiter Logistik der Stadtgärtnerei, dass man Fahrzeuge kauft, welche es noch nicht als Massenware gibt, also Prototypen, und er hat gesagt, dass diese deshalb sehr hohe Anschaffungskosten verursachen, um das Klimaziel zu erreichen. Ja gut, das ist mir nicht schlüssig. Diese neuen Fahrzeuge sind alles andere als klimaneutral, das wissen Sie auch, was Studien eindrücklich belegen. Die Herstellung der Batterien und deren Entsorgung sind klimaschädlich, einfach nicht bei uns. Wir wollen das nicht, genauso wie die Herstellung der Fahrzeuge, mit all den Komponenten, die es dafür benötigt. Sie kaufen also elektrische, nicht klimaneutrale Fahrzeuge und Maschinen, zum Teil extrem teuer, weil Einzelanfertigungen, obwohl die vorhandenen noch jahrelang benutzt werden könnten. Ich habe vorher gehört, die seien sehr gut gewartet und auf höchstem Niveau. Aber warum geben wir die dann weg?

In diesem Sinn wird die Fraktion der SVP den Anträgen der FDP zustimmen, weil diese nicht nur die Kosten, also Steuergelder, einsparen, sondern auch tatsächlich positive Effekte für unser Klima haben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Wird diese angenommen?

Daniel Seiler (FDP): Sie haben die Stadtgärtnerei erwähnt und im Bericht steht ja sehr viel über diese ökologische versus diese ökonomische Variante. Leider wurde das wenig debattiert vorher. Können Sie sich vorstellen, dass die Stadtgärtnerei eher diese ökonomische Variante, eben die Verlängerung, bevorzugen würde?

Felix Wehrli (SVP): Ich kann hier nicht für die Stadtgärtnerei sprechen, aber als Verantwortlicher für alle Fahrzeuge in Riehen würde ich das sicher machen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen nun zu den Einzelsprechenden. Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe die Radiosendung heute Morgen auch gehört über unsere Debatte. Danke, dass Sie diese erwähnt haben. Ich bin auch erschrocken wie Sie, als man gesagt hat, das seien Prototypen, die es noch gar noch nicht gibt in der Produktion, darum sind sie sehr teuer. Aber Felix Wehrli, Sie haben noch etwas vergessen, der Chef der



Stadtgärtnerei hat gesagt, wir wollen neue Fahrzeuge, weil die alten Fahrzeuge stinken. Meine Damen und Herren, jetzt kommt es und jetzt wird es sprudeln. Grossrat Eric Weber war fest angestellter Mitarbeiter der Stadtgärtnerei Basel. Ich war der Liebling der Stadtgärtnerei. Darum weiss ich jetzt Details. 80% sind dort gute Menschen aus dem Elsass. Meine Kollegen sind alle aus dem Elsass. Ich sagte jeden Morgen zu meinen Kollegen, Vive la France, Le Pen Président. Ich bin der einzige Grossrat. Der bei der Stadtgärtnerei Basel in fester Einstellung mit festem Lohn tätig war, über mehrere Monate hinweg. Ich bekam 2'100 Franken.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eric Weber, sprechen Sie bitte zum Thema, es geht nicht um Sie, sondern um die Beschaffung von neuen Fahrzeugen.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist richtig, aber bitte gestatten Sie mir, als einziger Grossrat, der längerfristig bei der Stadtgärtnerei Basel angestellt war, kenne ich die Hintergründe und ich weiss, was wir von der Stadtgärtnerei wollen. Wären wir in Russland oder in Belarus, die Tribünen wären voll mit einer Abordnung von 110 Leuten von der Stadtgärtnerei. Ich sehe niemanden von der Stadtgärtnerei.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bitte um Rücksicht, als ehemaliger festangestellter Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt bei der Stadtgärtnerei Basel kenne ich mich aus, weil ich dort mehrere Monate gearbeitet habe, und ich kenne mich mit den Fahrzeugen aus und das möchte ich jetzt erklären, warum wir von der Stadtgärtnerei diese Fahrzeuge nicht wollen. Also, eine Zecke stach mich beim Heckenschneiden. Ich weinte, ich hatte Angst vor dem Tod bei der Stadtgärtnerei Basel.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das hat nichts mit der Beschaffung von Fahrzeugen zu tun, das ist der erste Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Was ist wichtig für die Mitarbeiter der Stadtgärtnerei? Wenn sie von einer Zecke gestochen werden, wollen sie gute Arbeitskleidung, und ich hatte keine Arbeitskleidung und die Zecke hat mich in den Fuss gestochen bei diesen Schuhen. Und wenn ich Mitarbeiter bin, mehrere Monate in der Stadtgärtnerei, darf ich hier sagen, wir wollen keine Elektrofahrzeuge, wir wollen richtige Arbeitskleidung, die uns schützt vor Zeckenbissen. Ich wäre fast gestorben am Zeckenbiss 1970. Im Kinderspital hat man mich gerettet, und dann war ich bei der Stadtgärtnerei und stand noch einmal kurz vor dem Tod. Ich möchte das sagen und wie ich gearbeitet habe bei der Stadtgärtnerei am nächsten Tag.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir von der Basler Stadtgärtnerei wollen nicht diese Fahrzeuge, das geht am Problem vorbei. Als ehemaliger Mitarbeiter der Stadtgärtnerei Basel durfte ich das nicht auf den Wahlzettel der Grossratswahlen schreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das war der zweite Ordnungsaufruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir bei der Stadtgärtnerei fordern bessere Arbeitskleidung, die uns vor Angriffen vor Zecken und Insekten und sonstigen Sachen schützt. Das ist wichtig und nicht neue Fahrzeuge, die von der Mehrheit der Mitarbeiter abgelehnt werden. Ich war mit einem Brennerstab unterwegs und habe Unkraut entfernt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es reicht, ich bitte Sie, das Pult zu verlassen. Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Es ist jetzt relativ einfach, etwas Gehaltvolleres zu sagen, ich versuche es. Ich möchte einige Sachen, die vorher genannt wurden und nicht stehen gelassen werden können aus meiner Sicht, ansprechen. Ich möchte auf Luzi Burkhardt verweisen, der mal vom geringstmöglichen Eingriff gesprochen hat. Das ist das Wichtigste. Und was hier vorhin gesagt wurde, dass Elektroautos auch schlimme seien. Ja, auch die Produktion von Elektroautos ist ein Eingriff in die Natur, das bedingt einen Eingriff in die Natur, aber es ist halt viel weniger tiefgreifend. Schon nur wenn Sie den Wirkungsgrad eines Elektromotors anschauen und den eines Verbrenners, dann sehen Sie, dass dazwischen Welten sind. Die Beschaffung eines Elektrofahrzeugs ist in jedem Fall sinnvoll.



Dann wurde mehrfach gesagt, dass wir das nicht machen müssen, dass die nächste Generation von Elektroautos dann viel besser werde. Ja, wenn niemand ein Elektroauto kauft, wird es keine nächste Generation geben. So einfach ist das, und deswegen ist es unsere Pionieraufgabe, hier den Markt zu bereichern und unter anderen ein Vorbild zu sein, wie das Béla Bartha gesagt hat, auch das Fachwissen zu schaffen in der Praxis.

Und der dritte Punkt, den ich auch noch anmerken möchte: Jede Einsparung von klimawirksamen Gasen ist sinnvoll im Moment. Wir steuern auf eine Erde mit mindestens drei Grad Erwärmung zu, und das ist kein Spass und jede Tonne CO₂, die wir einsparen, ist sinnvoll.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht zurück an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Oliver Thommen hat mit seinem letzten Votum mir schon einige Argumente und Dinge, die ich noch sagen wollte, vorweggenommen. Ich möchte mich deshalb fokussieren, vielleicht nochmals zum Thema Wiederverkauf.

Ja, natürlich verschrotten wir diese Fahrzeuge nicht. Ich glaube, das wäre aus Sicht der grauen Emissionen das Falscheste, was man tun könnte. Sie ersetzen anderswo, an anderen Orten, sei es in der Schweiz oder im Ausland, ältere Fahrzeuge, die noch mehr Schadstoffe ausstossen, die von der CO₂-Bilanz meistens problematischer sind. Ich glaube, wenn jemand auf dem Occasionenmarkt ein Altfahrzeug sucht, dann ist die Alternative dazu wahrscheinlich kein neues Elektrofahrzeug. Also die Wahrscheinlichkeit, dass wir mit unseren Occasionen etwas torpedieren, wo jemand auf eine noch viel umweltfreundlichere Lösung setzen wollte, ist relativ klein. Also das macht Sinn.

Wir reduzieren hier in Basel nicht nur das CO₂, sondern eben auch die Schadstoffe hier in der Luft und wir haben immer noch einige Strassen, die von Schadstoffen stark belastet sind. Es geht auch um Feinstaub, Abgase. Und das Argument, dass sie leiser sind, ist nicht zu unterschätzen, einerseits für die Mitarbeitenden selbst, die sonst den ganzen Tag dem Lärm ausgesetzt sind, aber natürlich auch für die Anwohnenden. Die Stadtgärtnerei startet früh am Morgen und es kann über längere Zeit dann doch wirklich auch eine Belastung sein, wenn die Anwohnenden Lärm ausgesetzt sind.

Und dann noch die Frage nach den Prototypen. Ja, das sind zum Teil Geräte, die nicht standardmässig am Markt vorhanden sind, aber ja, wir haben uns hier in Basel ambitionierte Klimaziele gesetzt, und zwar nicht bis 2037, Johannes Barth, wie Sie erwähnt haben, sondern es war, wenn auch nicht in der Verfassung verankert, doch Teil des Abstimmungskampfes rund um die Klimagerechtigkeitsinitiative, dass man gesagt hat, 2037 für den Gesamtkanton, aber für die Verwaltung eben das frühere Ziel 2030. Und das ist eine ambitionierte Zielsetzung und es reicht eben nicht nur zum Ziel Ja zu sagen, sondern man muss auch zu den Massnahmen Ja sagen. Und der Fahrzeugpark des Kantons ist einer der wesentlichen Hebel, die wir in der Hand haben. Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diesem Ausgabenbericht zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen. Felix Wehrli hat das Wort.

Felix Wehrli (SVP): Sie haben jetzt gesagt, dass diese noch ältere Fahrzeuge ersetzen. Können Sie mir sagen, welche Firma diese Fahrzeuge kauft und welche Fahrzeuge ersetzt werden? Können Sie das garantieren? Es können ja auch zusätzliche Fahrzeuge sein.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich kann Ihnen natürlich noch nicht sagen, wer jetzt diese Fahrzeuge kaufen wird, aber ich kann Ihnen sagen, wie das in der Vergangenheit war. Es war eben so, dass diese Fahrzeuge an anderen Orten ältere ersetzt haben. Nochmals, es ist nicht der erste Ratschlag in diese Richtung, der Ihnen vorliegt. Wir hatten schon vergleichbare Ratschläge und damals haben wir diese Erfahrung machen können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an die Kommissionssprecherin Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Besten Dank für die angeregte Debatte. Ich möchte ein paar wenige Punkte noch ergänzen und darauf eingehen. Zuerst zur Vorreiterrolle: Es wurde gefragt, ob der Kanton überhaupt zur Innovation beitragen könne. Ich möchte kurz darauf hinweisen, dass im Ratschlag steht und in der UVEK von Seiten Verwaltung auch explizit betont wurde, dass wir hier schweizweit den ersten vollelektrischen Lastwagen mit Kippbrücke und Ladekran haben in unserem



Fuhrpark, dass die Erfahrungen durchwegs positiv sind und die Stadtgärtnerei sehr gute Erfahrungen mit diesem Gerät macht. Das wurde uns erläutert.

Dann eine Klarstellung zur klimaneutralen Verwaltung: Das Ziel ist 2030. Der Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative wurde ja auch in der UVEK beraten. Diese klimaneutrale Verwaltung 2030 war Bestandteil der UVEK. Sie war Bestandteil des Kompromisses und ich denke, dass die Debatte klar sowohl im Abstimmungskampf als auch hier im Rat anders verlaufen wäre, wären diese Klimaziele für die Verwaltung nicht gesetzt worden.

Die 5,1 Millionen: Es wurde mehrfach gesagt, dass es uns so viel kosten würde. Hier möchte ich präzisieren. Ja, es sind jetzt 5,1 Millionen mehr, es steht aber auch klar im Ratschlag, dass der Kapitalbedarf sich um 5,1 Millionen auf die Folgejahre verschiebt, das heisst, es ist nicht ganz korrekt, wenn man einfach nur «mehr» sagt, sondern es ist teilweise auch eine Verschiebung. Klar, aus heutiger Perspektive ist es mehr. In der UVEK wurde erläutert, dass durch Submissionsverfolge und durch die schnelle Marktentwicklung sich die Kosten der Ersatzbeschaffungen eher effektiv reduzieren würden, also dass man schon ein bisschen auch dieses Potenzial sieht dafür, dass es dann weniger kostet.

Dann zur CO₂-Bilanz. Diese war Debatte in der Kommission und war auch nicht anders als heute hier im Saal. Wichtig waren all diese unterschiedlichen Argumente. Letztlich kam in der Kommission jedoch kein Antrag, diese Finanzen nicht zu sprechen oder abzuändern, weil unter anderem die Herstellung der Fahrzeuge, der Energieausstoss dort mitberücksichtigt werden muss und weil auch der Nachweis fehlt, dass andere Länder elektrisch betriebene Fahrzeuge beschaffen würden, wenn wir ihnen unsere alten Fahrzeuge nicht verkaufen. Daher haben wir davon abgesehen. Zudem ist auch der Verkauf nicht direkt Gegenstand dieses Geschäfts, weil der Gewinn ins Budget verbucht wird und wir nicht über den Verkauf beraten, sondern über die Ersatzbeschaffung. Die Debatte ökonomisch versus ökologisch war kein Bestandteil der Kommissionsberatung. Ich möchte hier transparent darauf hinweisen, dass gemäss Ratschlag die Konsequenz in der Klimabilanz wäre, dass bis 2030 mit dem Antrag der UVEK 79% des Fuhrparks elektrisch wären und mit dem Änderungsantrag 53%.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 16 des Ratschlags.

Titel und Ingress

Rahmenausgaben zu Lasten der Investitionsrechnung.

Hier und für die weiteren Ziffern liegt ein Änderungsantrag der FDP vor. Ich schlage vor, dass wir über alle Änderungen nur einmal abstimmen. Sind Sie damit einverstanden? Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 50 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008282, 04.02.26 11:24:46]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Änderungsantrag der FDP mit 50 Stimmen abgelehnt bei 38 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen zur Schlussabstimmung.



Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 31 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008284, 04.02.26 11:25:52]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Es wird eine Rahmenausgabe über gesamthaft Fr. 7'925'000 für die ökologische Wiederbeschaffung der Fahrzeuge zu Lasten der Investitionsrechnung Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei, Investitionsbereich «Übrige» (Pos. 6140.200.20000-1000) bewilligt.

2. Es wird eine Rahmenausgabe über gesamthaft Fr. 5'015'000 für die ökologische Wiederbeschaffung der Fahrzeuge zu Lasten der Erfolgsrechnung, Kleininvestitionen Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei (Pos. 6140.200.20000-2000) bewilligt.

3. Es werden die Mittel für die befristeten Personalressourcen über gesamthaft Fr. 550'000 zur Umsetzung der Wiederbeschaffung der Fahrzeuge zu Lasten der Erfolgsrechnung, Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei, Logistik bewilligt.

4. Es werden die Mittel für die befristeten Personalressourcen über gesamthaft Fr. 200'000 zur Umsetzung der Wiederbeschaffung der Fahrzeuge zu Lasten der Erfolgsrechnung, Bau- und Verkehrsdepartement, Generalsekretariat, Kantonale Fachstelle für öffentliche Beschaffungen bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 57 Ja-Stimmen bei 31 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen zugestimmt.

15. Vorgezogenes Budgetpostulat 1 Claudio Miozzari Erziehungsdepartement, Volksschulen, Transferaufwand (Young Carers)

[04.02.26 11:26:13, 25.5579.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Als Einzelsprecherin gemeldet hat sich Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Young Carers sind Kinder und Jugendliche, die im familiären Umfeld Aufgaben übernehmen, um die sich normalerweise Erwachsene kümmern würden. Wir reden von einer Anzahl von 3'200 Betroffenen in Basel-Stadt, das sind etwa 15% der 16- bis 25-Jährigen und 8% der 10- bis 15-Jährigen, also ziemlich viele Kinder und Jugendliche, die hier Aufgaben übernehmen müssen.

Das sind auch nicht Aufgaben, die sie freiwillig übernehmen, weil sie das unbedingt wollen, sondern weil Dinge passieren in den Biografien dieser jungen Menschen, die sie dazu zwingen. Eltern werden krank oder versterben im schlimmsten Fall und es entsteht eine Betreuungslücke, und diese wird dann von diesen Kindern und Jugendlichen gefüllt. Es lastet extrem viel Last auf diesen schmalen Schultern. Zu Hause so gebraucht werden, das bedeutet keine Zeit zum Spielen, keine Zeit, um Freund:innen zu treffen, keine Zeit für Hobbys und keine Zeit zum Lernen. Es bedeutet auch viel Sorgen und Angst.

Diese Kinder brauchen Unterstützung. Das Schweizerische Rote Kreuz hat sich diesem Thema angenommen und in den letzten drei Jahren extrem viel Expertise in diesem Bereich generiert. Jetzt geht es darum, dass wir dieses Thema weiterhin bearbeiten können, dass das Projekt in feste Strukturen übergeht und dazu braucht es jetzt einen finanziellen Beitrag. Ich



glaube, es ist wichtig, dass wir als Kanton mithelfen, dieses Angebot in Regelstrukturen zu überweisen und dass wir diesen Kindern und Jugendlichen da Entlastung bieten können, wo sie es brauchen, und darum möchten wir gerne dieses vorgezogene Budgetpostulat überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Niemand in diesem Saal – ich gehe jedenfalls davon aus – stellt in Frage, dass junge Menschen, die als Young Carer Verantwortung übernehmen, Unterstützung verdienen. Allerdings ist dies auch eine kleine Lebensschule, welche in anderen Ländern das soziale Zusammensein stärkt, hier aber nicht gewünscht wird.

Die heute beantragte Erhöhung überzeugt jedoch nicht. Das Pilotprojekt des SRK Basel-Stadt hat wertvolle Erkenntnisse geliefert, das ist richtig. Genau dafür sind Pilotprojekte ja da. Nun gilt es aber, diese Erkenntnisse in bestehende Strukturen zu integrieren, statt ein Projekt dauerhaft weiterzuführen und zusätzliche Mittel zu sprechen. Insbesondere die Lehrerinnen und Lehrer, also Pädagogen, sowie die Sozialpädagog:innen in den heutigen Schulzimmern und die Schulsozialarbeit stehen bereits heute in engem Kontakt mit den betroffenen Jugendlichen und verfügen über den nötigen Zugang sowie die fachliche Kompetenz. Anstatt neue parallele Strukturen zu finanzieren und Schnittstellen zu schaffen, welche für Kinder nur schwer erkennbar sind, sollten wir vorhandene Angebote gezielt stärken und besser vernetzen.

Aus Kostengründen, der Zuständigkeit und der nachhaltigen Wirkung lehnt die Fraktion der SVP diese Budgeterhöhung ab und bittet Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprechender ist Oliver Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Ich würde gerne für die nächsten drei Geschäfte einmal sprechen und auch erklären, wieso wir jetzt zum Beispiel beim ersten Geschäft ein Offen eingetragen haben.

Das vorgezogene Budgetpostulat Young Carers ist durchaus ein Thema, das auch die LDP als wichtig empfindet, nur über das Verfahren und wie man das macht waren wir uns uneinig. Wir reden hier von 53'000 Franken, die im Rahmen eines ordentlichen Budgets reinkommen könnten aber nicht reingekommen sind. Gehört das jetzt in ein vorgezogenes Budgetpostulat oder müsste das in einem ordentlichen Budget aufgenommen werden? Da geht es wirklich darum, dass die einen von uns gesagt haben, ja, es ist gut, wenn wir das als vorgezogenes Budgetpostulat aufnehmen, dann wird es im Rahmen des nächsten Budgets für das Jahr 2027 auch entsprechend behandelt und berichtet. Die andere Seite hat gesagt, dass wir das im normalen Budget auch im Rahmen der Hearings anfragen können und dann hätten wir im Prinzip das gleiche Resultat.

Die Fragestellung war einerseits beim ersten Geschäft: 53'000 Franken, ist das nicht auch etwas, was man in den Reserven einer Direktion noch hätte, um so was vornehmen zu können? Denn das ist wirklich unter jedem Bereich finanzieller Wesentlichkeit.

Vielleicht noch zum zweiten vorgezogenen Budgetpostulat von Béla Bartha. Ich wäre froh, wenn er sich das nächste Mal ein bisschen mehr Mühe gibt bei der Formulierung, denn da war ein grosses Fragezeichen. Ist das jetzt eine Sofortmassnahme? Wenn es eine Sofortmassnahme ist, kann es kein vorgezogenes Budgetpostulat sein. Also in dem Fall auch hier, mit 123'000 Franken plädieren wir dafür, dass es im ordentlichen Budget Platz finden sollte.

Und zum dritten vorgezogenen Budgetpostulat genau das gleiche. Wir haben dazu noch Anzüge hängig. Auch dort sagen wir, dass das Ganze in einem ordentlichen Budget und nicht in einem vorgezogenen Budgetpostulat seinen Platz finden müsste.

Für das erste vorgezogene Budgetpostulat haben wir ein Offen eingegeben und die anderen zwei lehnen wir ab.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die Problematik der Young Carer ist unbestritten von grosser Bedeutung. Wie Sie wissen, ist eines meiner grossen Ziele, die Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendliche zu stärken. Gerade Kinder und Jugendliche, die so grosse Lasten tragen wie die Young Carers, sollten unsere volle Unterstützung erhalten. Aus Sicht des Regierungsrats ist es jedoch die Schulsozialarbeit an allen Volksschulstandorten für die Kinder, Jugendliche, Mitarbeitende und Eltern, die erste Anlaufstelle bei sozialen Problemen ist.



Die Mitarbeitenden der Schulsozialarbeit stehen in direktem Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen. Sie unterstützen und beraten. Wenn es nötig ist, verweisen Sie die Betroffenen an weitere Dienst- und Fachstellen. Das Pilotprojekt des SRK hat aus Sicht des Regierungsrats sehr gut zu einer erneuten Sensibilisierung in diesem Bereich beigetragen. Es muss aber nicht weitergeführt werden, denn wir haben die nötigen Fachleute und das Fachwissen an den Schulstandorten.

Deshalb lehnt der Regierungsrat das Budgetpostulat ab.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat der Postulant Claudio Miozzari.

Claudio Miozzari (SP): Mir ist es wichtig, über Young Carers zu sprechen. Wussten Sie, was das genau heisst und sind Sie sicher, dass Sie das nicht mit den Care Leavern verwechselt haben? Das Thema hat definitiv mehr Aufmerksamkeit verdient und ich bin froh, dass wir heute darüber diskutieren dürfen. Ich danke Ihnen für die guten Beiträge.

Jessica Brandenburger hat sehr gut erklärt, was Young Carer sind. Ich erlaube mir, es nochmals ganz kurz zu wiederholen. Das sind Kinder und Jugendliche, die in ihren Familien eine grosse Last tragen. Sie pflegen beispielsweise Eltern, die von Krankheit oder Sucht betroffen sind, sie kümmern sich täglich um ihre kleinen Geschwister oder übernehmen vielleicht im Heimlichen die Korrespondenz ihrer Familie gegenüber diversen Behörden. Oft geschieht dies im Verborgenen, aber die grosse Verantwortung, die hier gerade von Kindern getragen wird, hinterlässt Spuren. Während andere Schülerinnen und Schüler von ihren Eltern bei den Hausaufgaben begleitet werden, sind es die Young Carers, die damit alleine sind, wenn sie denn überhaupt Zeit und Raum finden, sich mit ihren altersgerechten Aufgaben zu beschäftigen.

Wir schulden diesen Kindern und Jugendlichen Unterstützung und es ist gar nicht so einfach, ihnen diese zukommen zu lassen, eben weil sie oft im Verborgenen sind. Und zum Glück hat hier das Rote Kreuz ein Pilotprojekt lanciert in Basel-Stadt, das sich genau dieser Thematik angenommen hat und das erfolgreich aufgezeigt hat, was man bewirken kann und was es vielleicht noch zusätzlich alles zu bewirken gäbe.

Es wurde gesagt, dass dieser Betrag, den wir hier fordern, gar nicht finanzpolitisch relevant ist. Das kann man mit dieser Brille natürlich so vertreten, aber wenn man es mit der inhaltlichen Brille anschaut, ist es eben sehr, sehr wichtig, ob man diese Forderung stellt oder nicht. Es ist auch nicht so, dass man sich einfach darauf verlassen könnte, dass dieser Betrag eingestellt wird, wenn man kein vorgezogenes Budgetpostulat überweist, Sie haben den Regierungsrat gehört, er möchte das eben gar nicht.

Und da muss ich dann schon auch widersprechen, wenn gesagt wird, dass es dieses Projekt des Roten Kreuzes Basel-Stadt nicht braucht. Ich will überhaupt nicht die Schulsozialarbeit kleinreden, die ist enorm wichtig und enorm gefordert, aber all die Sachen, die da auf die Schulsozialarbeit einprasseln, sind kaum bewältigbar. Wir haben in der Budgetdebatte eine entsprechende Erhöhung gestellt, dass wenigstens den wichtigen Sachen nachgekommen werden kann. Es wäre komplett vermessen zu erwarten, dass die Schulsozialarbeit noch so ein Programm bietet, wie es das Schweizerische Rote Kreuz Basel-Stadt eben tut, und ich bin auch überzeugt, dass die Zusammenarbeit zwischen Schulsozialarbeit und diesem Projekt beiden Seiten und zuletzt natürlich den betroffenen Kindern und Jugendlichen nur nützen kann, dass das ein grosser Gewinn wäre.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich, wenn Sie das vorgezogene Budgetpostulat überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 13 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008287, 04.02.26 11:39:16]

Der Grosse Rat beschliesst

das vorgezogene Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 77 Ja-Stimmen bei 13 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen das Budgetpostulat überwiesen.

16. Vorgezogenes Budgetpostulat 2 Béla Bartha betreffend Erziehungsdepartement, Abschreibungen Kleininvestitionen und Kleininvestitionen (Sofortmassnahmen Gesundheitsschutz an Schulen)

[04.02.26 11:39:30, 25.5571.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Das Wort hat Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Wir haben jetzt oft genug gehört, dass es im Sommer sehr heiss wird und in den Klassenzimmern unerträgliche Temperaturen herrschen, die einen geregelten Unterricht verunmöglichen. Wäre das Budgetpostulat von Sandra Bothe für ein regelmässiges Lüften nicht bewilligt worden, dann wäre wohl wieder ein Sommer verstrichen, ohne dass eine grundsätzliche Verbesserung der Situation in Aussicht wäre. Vergangenes Jahr haben wir den Anzug zur vereinfachten Installation von Klimaanlage in Verbindung mit PV-Anlagen überwiesen und nun wäre es doch interessant gewesen, wenn sich irgendeine Verbesserungsbemühung auch im Budget 2026 niedergeschlagen hätte. Das ist aber nicht der Fall und daher kommt es nun zu diesen Anträgen.

Weil wir das Budget 2026 nicht überfrachten möchten und in vorausgehenden Vorstössen auch erst einmal ein übergeordnetes Konzept zur Verbesserung des Raumklimas in Schulen gefordert wird, kommt hier ein vorgezogenes Budgetpostulat für 2027 zur Einrichtung von Messgeräten, die uns Grundlagen liefern sollen, wo und welche Massnahmen sinnvoll sind und wo vielleicht eher nicht. Besonders vor allfälligen baulichen Verbesserungsmassnahmen, die grössere Investitionen erfordern, machen vorausgehende Messdaten Sinn, um Fehlinvestitionen später zu verhindern.

Tatsache ist, dass wir Schulgebäude haben, die sich schlicht und ergreifend schlecht durchlüften lassen und sich daher ein schneller Einbau von Klimageräten aufdrängt, sofern es die Klima- und Luftqualitätsdaten erfordern. Weiter haben wir Gebäude mit Klimatechnik, die aber, wie es sich während Corona gezeigt hat, nicht gut eingestellt sind und CO₂- und Monoxidkonzentration nicht steuern können. Und wir haben keine standortspezifischen Messdaten, die uns die Grundlagen dazu liefern, nicht nur die Temperatur, sondern auch die Luftschadstoffe an einem bestimmten Standort zu berücksichtigen.

Deshalb drängt sich der Einbau von Messgeräten auf, die nicht nur die Temperatur, sondern das Raumklima insgesamt messen und die sich auch dann noch einsetzen lassen, wenn Klimaanlage eingebaut werden sollen. Dafür benötigt es umfassende Abklärungen und damit kann man auch gerne schon in diesem Jahr beginnen, bevor es zur Anschaffung der Geräte 2027 kommt. Mit dem vorgezogenen Budgetpostulat geben wir der Regierung nochmals einen Anstoss, möglichst schnell mit einem Massnahmenpaket loszulegen und dessen gezielte Umsetzung basierend auf Messdaten für 2027 an die Hand zu nehmen. Denn wie so oft in solchen Fällen gilt auch hier der Grundsatz, besser frühzeitig und richtig planen und investieren, um nicht später für unser Nichtstun die Zeche zahlen zu müssen. Ich danke Ihnen für die Bewilligung dieses vorgezogenen Budgetpostulats.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Wie wollen Sie mit einem vorgezogenen Budgetpostulat für das Budget 2027 20'000 Franken freibekommen, die im Sommer 2026 anfallen?

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Darum habe ich in meiner Rede jetzt einige Male von einem vorgezogenen Budgetpostulat 2027 gesprochen, das ist ein Fehler, das tut mir leid.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Der Regierungsrat anerkennt, dass der Hitzeschutz an Schulen von grosser Bedeutung ist. Mit dem vorgezogenen Budgetpostulat soll die Installation von Messgeräten an den Schulstandorten finanziert werden. Mit den Messungen sollen objektive Daten für den Handlungsbedarf gewonnen werden.

Die FHNW erhebt derzeit im Rahmen einer Studie diverse Daten an ausgewählten Schulstandorten. Parallel dazu wird eine Portfolioanalyse hinsichtlich des Wärmeschutzes durchgeführt. Die Ergebnisse der Studie fliessen in die Empfehlungen der Portfolioanalyse mit ein. Die Ergebnisse erwartet der Regierungsrat im Herbst 2026. Die Installation von Messgeräten im Jahr 2027 würde damit den gewünschten Nutzen verfehlen. Daher lehnt der Regierungsrat das vorgezogene Budgetpostulat ab.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Dass es in den Räumlichkeiten an den Schulen im Sommer heiss werden kann, wissen wir, das ist an sich unbestritten, so votieren immerhin auch alle, die Vorstösse einreichen bezüglich Lüftungskonzepte und Klimaanlageanlagen. Jedoch sollte man nicht vergessen, dass schlussendlich diese heissen Tage nicht ewig dauern. Es handelt sich eigentlich um eine sehr kurze Zeitspanne, die anspruchsvoll sein kann, da sind wir einverstanden, aber es ist nicht über einen längeren Zeitraum. Hier jetzt teure Messgeräte, notabene 280 Stück einzubauen, um etwas zu messen, was uns eigentlich bekannt ist, erscheint uns völlig unnötig. Messgeräte sind eine Massnahme, um Erkenntnisse bezüglich Raumtemperaturen zu gewinnen, die wir aber eigentlich auch schon kennen, jedoch gehen sie das Problem nicht sofort an und den Temperaturschwankungen wird somit nicht direkt begegnet. Die SVP-Fraktion lehnt dieses Budgetpostulat ab.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Schlusswort hat der Postulant Béla Bartha.

Béla Bartha: Ich höre die Worte Regierungsrat Mustafa Atici, aber wenn man diese Messgeräte in den Schulklassen hat, dann ist es eben so, dass man auch aktuelle Daten hat und dann reagieren kann. Es geht ja nicht nur darum, Massnahmen zu ergreifen, sondern diese Messgeräte regulieren ja auch das Klima dann ganz praktisch in der Schulklasse und im Schulraum. Es sollen eben Messgeräte sein, die nachher auch in Kombination mit Klimaanlageanlagen noch weiter funktionieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 40 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008289, 04.02.26 11:48:48]

Der Grosse Rat beschliesst

das vorgezogene Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 53 Ja-Stimmen, 40 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung das Budgetpostulat überwiesen.



17. Vorgezogenes Budgetpostulat 3 Edibe Gölgeli und Andrea Strahm betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Kindernäsch)

[04.02.26 11:49:04, 26.5003.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Eingetragen als erste Sprecherin hat sich Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): im Namen der SP-Fraktion beantrage ich Ihnen, dieses vorgezogene Budgetpostulat der Regierung zu überweisen. Das Kindernest ist eines der politischen Themen, auf das ich in den letzten Monaten sehr häufig angesprochen wurde. Viele Beispiele wurden an mich herangetragen. Zum Beispiel sagte ein Elternteil zu mir: «Ich habe die Kinder zu 100% betreut selbst und wenn ich zum Arzt musste, hätte ich nicht gewusst, was tun, wenn ich sie nicht ins Kindernest hätte bringen können.» Eine andere Person sagte mir: «Ich bin alleinerziehend. Das Kindernest war für mich überlebenswichtig bei unvorhergesehenen Betreuungslücken, mal am Samstag oder wenn ich krank war.» Dann die dritte Person hat zu mir gesagt: «Ich habe mein Kind nicht häufig dahingebbracht, aber zu wissen, dass das Kindernest existiert, war für mich wichtig, weil ich wusste, es gibt ein Auffangnetz, wenn alle Stricke reissen. Das hat für mich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Schichtarbeit überhaupt erst möglich gemacht.»

Mit Blick auf die Relevanz dieser Institution für die Familien im Raum Basel ist es dann auch nicht erstaunlich, dass die angekündigte Schliessung im letzten Sommer eine beispielelose Welle der Solidarität ausgelöst hat und so auch durch private Spenden die Schliessung abgewendet und die Finanzierung für 2026 sichergestellt werden konnte. Jetzt geht es darum, die Finanzierung übergangsmässig auch für 2027 sicherzustellen, damit die Institution sich auch wieder auf den Alltag konzentrieren kann und nicht nur auf das Überleben. Wichtig zu wissen ist, dass es hier natürlich auch um langfristige Fragen geht. Im nächsten Monat werden wir dann auch einen Anzug von Edibe Gölgeli und Andrea Strahm hier beraten, der die langfristigen Fragen klären soll, also wie langfristig die finanzielle und strukturelle Absicherung des Kindernestes aussehen soll.

Dieses Budgetpostulat ist jetzt eben ganz wichtig, dann ist diese Institution, bis diese Fragen fundiert geklärt sind, weiter existiert. Es wäre ja absurd, dass dann nach zwei Jahren, wenn der Anzug beantwortet wird und klar ist, es braucht diese Institution, diese bis dahin eingegangen ist und man wieder von vorne anfangen würde. Das wäre ein grosser Verschleiss von Ressourcen und von Expertisen. Deshalb ist diese Übergangsfinanzierung, die wir jetzt heute hier beantragen, auch so wichtig.

Das Kindernest besteht seit über 25 Jahren, seit 2015 erhält es jährlich einen Beitrag über das WSU, auch weil es damals hätte schliessen müssen und pragmatische Lösungen gefunden werden mussten. In der Zeit hat sich die Kinderbetreuung stark professionalisiert, wir haben ein solides Tagesbetreuungsgesetz, aber diese Lücken bleiben weiterhin bestehen, die Angebote für Familien, für die die Kita eben nicht das passende Modell ist, sind weiterhin sehr prekär und wurden weiterhin nur teilweise reguliert. Wichtig ist auch zu wissen, dass auch die Zahl der Tagesfamilien, die ja auch in diesem Lückenfeld sich bewegen, in diesem Zeitraum deutlich zurückgegangen ist. Es gibt also weiterhin einen ganz grossen Bedarf.

Es ist auch nicht zu ersetzen durch den Babysitter-Service, wie er zum Beispiel vom Roten Kreuz zur Verfügung gestellt wird. Das ist sehr wichtig, aber auch dort ist es nicht immer so einfach, Personen zu finden und wichtig zu wissen für den Alltag ist auch, für Familien macht es einen Unterschied, ob ich ganz viele Babysitter-Kontakte anfrage und aufwendig einen Einsatz organisiere oder ob ich das Kind einfach spontan ins Kindernest bringen kann. Das ist vom Organisationsaufwand und Mental Load, den die Frauen wiederum tragen, ein riesengrosser Unterschied.

Ja, es ist auch so, dass ein Teil der Eltern, die das Kindernest nutzen, ausserhalb vom Kanton wohnen. Das könnte aber natürlich auch durch die Einführung unterschiedlicher Tarife gelöst werden. Die Qualitätsfragen, die dahinterstehen, sind aus unserer Sicht Vorwände. Das Kindernest ist eine Institution, bei der dann auch adäquate qualitative Standards geklärt werden können. Diese konzeptionelle Arbeit muss im ED geleistet werden und wir sind sicher, sie werden es dann auch angemessen machen. In dem Sinne bitte ich Sie, dieses Budgetpostulat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das nächste Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Der Kanton Basel-Stadt investiert viel in eine gute und bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung. Er setzt dabei auf die regelmässige Betreuung in Kindertagesstätten und Tagesfamilien gemäss Tagesbetreuungsgesetz. Diese Angebote unterstützen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fördern die Kinder in



ihrer Entwicklung. Sie haben hohe Anforderungen an die Qualität der Betreuung, das Personal und die Räumlichkeiten zu erfüllen.

Kanton und Gemeinden gewähren ausschliesslich einkommens- und vermögensabhängige Beiträge, sogenannte Betreuungsbeiträge, an die Tagesbetreuung von Kindern, die im Kanton Basel-Stadt ihren Wohnsitz haben und mindestens 40% in ihrer Kindertagesstätte mit Betreuungsbeiträgen betreut werden. Bei kurzfristigem oder notfallmässigem Betreuungsbedarf stehen den Eltern Angebote wie Nannys, Babysitterdienste oder der Hütedienst für kranke Kinder des Roten Kreuzes des Kantons Basel-Stadt zur Verfügung. Diese ergänzenden Betreuungsangebote sind wichtig für Eltern, die keine Unterstützung durch Familie, Nachbarschaft oder den Freundeskreis organisieren können.

Beim Basler Kindernest handelt es sich nicht um ein Angebot, das den Anforderungen des Tagesbetreuungsgesetzes entspricht. Dementsprechend kann das Basler Kindernest auch nicht auf Grundlage des Tagesbetreuungsgesetzes finanziert werden. Der Regierungsrat möchte mit Blick auf das Kindeswohl ausschliesslich Betreuungsangebote unterstützen, die den geltenden Voraussetzungen des Tagesbetreuungsgesetzes entsprechen. Aus diesen Gründen lehnt der Regierungsrat dieses Budgetpostulat ab.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Wir respektieren das Kindernest. Das ist kein Thema. Sie machen sicher eine sehr gute Arbeit, aber wir können nicht nachvollziehen, wie man nach 20 Jahren die Finanzen nicht in den Griff bekommen kann und das selbes finanzieren kann. Und wenn es ja so wichtig ist, wie vorhin gesagt worden ist, dann müssen halt die Familien mehr zahlen. Das ist so. Und jetzt soll ein weiteres Mal, wie es halt so ist, wenn man kein Geld mehr hat, der Kanton einspringen mit Steuergeldern. Dem können wir nicht zustimmen und darum bitten wir, das Budgetpostulat abzulehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Sprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Wer Kinder hat, kennt diese Situationen gut. Im durchgetakteten Alltag kommt ein unvorhergesehenes Ereignis dazwischen, vielleicht akute Zahnschmerzen, die einen dringlichen Zahnarzttermin erfordern oder ein Notfall in der Familie, oder der Ausfall der regulären Betreuung durch die Grosseltern. Oder, ich hatte diesen Montagmorgen sogar einen Anruf von der Kita, die gesagt haben, eigentlich sind alle Betreuenden krank – Notfallbetreuung. Dies bringt die ganze Organisation einer Familie rasch durcheinander. Wenn der andere Elternteil unpässlich ist, wenn vielleicht gar kein anderer Elternteil in die Betreuung einbezogen werden kann, kein Umfeld da ist, das einspringen kann oder dieses nicht so flexibel reagieren kann, stehen Eltern rasch vor grossen Herausforderungen.

Das Kindernest füllt hier eine wichtige Lücke. Es ist die einzige Betreuungseinrichtung für Kinder, wo kurzfristig und ohne Voranmeldung, das heisst auch ohne vorgängiges Abklappern von Nanny- oder Babysittingdiensten, spontan stundenweise Betreuung in Anspruch genommen werden kann. Ich selbst habe dort auch schon Kinder von Freund:innen abgeholt, die kurzfristig eine Lösung gebraucht haben und das Umfeld nicht so rasch einspringen konnte und etwa ich als Unterstützende nicht kurzfristig verfügbar war.

Es ist begrüssenswert, dass in den vergangenen Jahren viel unternommen wurde, um die Tagesbetreuung von Kindern im Kanton Basel-Stadt zu verbessern. Diese sind aber, wie wir schon gehört haben, nicht für alle Familien das richtige und eben auch nicht da für kurzfristige Lösungen bei Betreuungsengpässen. Meine Vorrednerin Barbara Heer hat gut ausgeführt, weshalb eben hier Nanny- oder Babysittingdienste nicht immer eine gute Lösung sein können. Die Sammelaktion von «Gärngschee» im letzten Oktober hat gezeigt, das Bedürfnis und die Nachfrage nach diesem Angebot sind da. Innerhalb von knapp 30 Tagen sind über 80'000 Franken Spenden eingegangen. Die Finanzierung ist somit für dieses Jahr gesichert.

Nun braucht es aber die Sicherung einer nachhaltigen Finanzierung. Ich bitte Sie daher, das vorgezogene Budgetpostulat für die Übergangsfinanzierung im Jahr 2027 zu überweisen. Damit haben wir Zeit, um gründlich zu prüfen, wie das Angebot auch in Zukunft für Basel erhalten werden kann.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Aufgrund der bereits fortgeschrittenen Zeit werden wir mit diesem Traktandum um 15 Uhr weiterfahren, bevor wir dann mit den Interpellationen weitermachen. Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit.

Schluss der 1. Sitzung

12:00 Uhr

